

# Die deutsche Sozialdemokratie

Jan Bruners

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Die Tradition des gemeinsamen Aufstiegs (1890–1914)</b>	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Deutsche Demokratie und sozialistische Revolution (1915–1920)</b>	<b>4</b>
<b>3</b>	<b>Die staatstragende Partei (1921–1944)</b>	<b>8</b>
3.1	Kampf um die Republik . . . . .	8
3.2	Unter Hindenburg . . . . .	8
3.3	Nach dem 30. Januar 1933 . . . . .	10
<b>4</b>	<b>Der Wiederbeginn in Köln (1945–1948)</b>	<b>11</b>
<b>5</b>	<b>Im Ost-West-Konflikt (1945–1949)</b>	<b>13</b>
5.1	Verfassung und Parteiverfassung . . . . .	13
5.2	Die ersten Nachkriegswahlen . . . . .	15
5.3	Die wirtschaftspolitische Position der SPD . . . . .	15
5.4	Die politische Entwicklung seit 1948 . . . . .	17
<b>6</b>	<b>Opposition (1949–1966)</b>	<b>17</b>
<b>7</b>	<b>Regierungspartei der Bundesrepublik (1966–1982)</b>	<b>19</b>
<b>8</b>	<b>„Sozialdemokratismus“ in Deutschland und Europa</b>	<b>23</b>
<b>9</b>	<b>Einzelne Sozialdemokraten</b>	<b>24</b>
<b>10</b>	<b>Literatur</b>	<b>29</b>

## 1 Die Tradition des gemeinsamen Aufstiegs (1890–1914)

Die Sozialdemokratie entstand als „neue“ Partei in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wobei es in diesem Sinne kaum ältere Parteien gab. Zwar hatte es in verschiedenen Landesparlamenten schon seit 1816 Fraktionen gegeben, aber feste Parteistrukturen entwickelten sich erst im Parlament in der Frankfurter Paulskirche 1848. Der 1863 von Ferdinand Lassalle gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein besaß bereits eine kontinuierliche Parteiorganisation. Das war bereits ein großer Fortschritt gegenüber den unorganisierten politischen Bewegungen in den deutschen Fürstenstaaten. Die Arbeiterbewegung war damit Vorreiter der politischen Organisation. Schon vor 1848 hatten sich Arbeiter gewerkschaftlich zusammengeschlossen und waren während der Revolution in deutschen Städten auf die Barrikaden gegangen. Die Restauration führte zu einer Rückdrängung dieser Entwicklung, unter anderem durch gerichtliche Verfahren wie den Kommunistenprozeß 1852 in Köln.

Der Rheinländer Lassalle, ein Sohn reicher jüdischer Kaufleute aus Breslau, hatte früh erkannt, daß dem Bürgertum die Kraft zur revolutionären Umwälzung der Verhältnisse fehlte und setzte mit der Gründung seines Arbeitervereins politisch auf die Masse der Unterschicht. Der Handwerker August Bebel und der Bürger Karl Liebknecht folgten 1869 mit einer Parteigründung in Eisenach. 1876 fusionierten die beiden Arbeiterorganisationen in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Zwei Jahre später erließ der Reichskanzler Otto von Bismarck das Sozialistengesetz, das den Anhängern der Partei jede politische Propaganda verbot und sie als Reichsfeinde diffamierte. Bis zu seiner Aufhebung 1890 durch den Reichstag bewirkte das Gesetz vor allem eine Solidarisierung der verfolgten Arbeiter, so daß die SPD nach ihrer Wiedezulassung zur Reichstagswahl 1890 prozentual die meisten Stimmen erhielt. Allerdings blieb ihr politischer Einfluß durch das in den meisten deutschen Ländern geltende Dreiklassen-Wahlrecht weit hinter ihrem Stimmenanteil zurück.

Auf ihrem Parteitag in Erfurt verabschiedete die SPD 1891 ein Parteiprogramm, das mit kleineren Modifikationen bis zum Parteitag von Bad Godesberg 1959 Bestand haben sollte. Den ersten Teil hatte Karl Kautsky in Anlehnung an das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels verfaßt. Er bestand in einer Analyse der ökonomischen, sozialen und politischen Situation als Begründung für die Existenz der SPD. Kautsky beschrieb die Zwangsläufigkeit der Monopolisierung, die Konzentration des Kapitals und die Entstehung von Klassengegensätzen. Aus diesen Entwicklungen müsse eine Krise der kapitalistischen Produktionsweise folgen. Als Beleg dienten ihm die krisenhaften Konjunkturschwankungen der frühen Industrialisierung. Der zweite Teil (formuliert von Eduard Bernstein) stellte eine stichwortartige Aufstellung der Ziele der SPD dar. Die Sozialdemokratie wolle den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat politisch organisieren, um den Klassengegensatz und jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung einer Klasse, einer Rasse oder eines Geschlechts zu beenden. Erstmals trat hier eine politische Gruppierung mit dem Anspruch an, ihre Ziele nicht nur für sich bzw. ihre Klientel, sondern für die gesamte Gesellschaft zu verwirklichen. Bernstein forderte im einzelnen ein allgemeines gleiches und geheimes Wahlrecht (auch für Frauen), die Schlichtung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte, Meinungs- und

Versammlungsfreiheit, ein Ende der Diskriminierung der Frau, die Unentgeltlichkeit des Schulkunterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den Schulen, die Unentgeltlichkeit ärztlicher Hilfeleistungen, den Schutz der Arbeiterklasse (Einführung des 8-Stunden-Tages) und das Verbot der Kinderarbeit. Das theorielastige Erfurter Programm wurde rasch auch innerhalb der SPD kritisiert. Georg von Volmar, der Vorsitzende der bayerischen Sozialdemokraten, plädierte für einen Übergang von der Theorie zur Praxis und eine organische Entwicklung vom Alten zum Neuen. Auch Bernstein selbst distanzierte sich bereits fünf Jahre später von seinem Entwurf, zunächst durch Artikel in der „Neuen Zeit“ („Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“), dann durch eine Unterstützung einer kritischen Resolution 1903 auf dem Parteitag in Dresden zu einer Resolution. Die Unterzeichner („Revisionisten“) forderten, den Begriff der Revolution zu überdenken, da sie nicht planbar sei und man zudem 1848 schlechte Erfahrungen mit ihr gemacht hatte. Auch die Katastrophentheorie, nach der die kapitalistische Ökonomie zum Untergang verurteilt sei, zweifelten sie an. Bernstein selbst verwies auf die historische Funktion des Wahlrechts und seine Bedeutung für die Durchsetzung sozialistischer Ziele; er plädierte für eine intensivere Arbeit vor Ort in den Kommunen. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, die Modernisierung der SPD scheiterte. Ein weiterer grundsätzlicher Streitpunkt war der Massenstreik. Ein Teil der Sozialdemokraten wollte die Eroberung parlamentarischer Machtpositionen, die durch das Dreiklassen-Wahlrecht verhindert wurde, mit dem Mittel eines Generalstreiks erreichen. Während das Projekt auf dem Parteitag in Jena 1905 begeistert angenommen wurde, erhoben die Gewerkschaften, auf deren Unterstützung die Partei stark angewiesen war, Einspruch gegen die politische Instrumentalisierung ihres Kampfmittels. Daraufhin wurde die Idee fallengelassen, nur wenige führende Sozialdemokraten wie Bernstein und Rosa Luxemburg, aber auch der designierte Nachfolger August Bebel, der Mannheimer Ludwig Frank („Wahlrechtsreform oder Massenstreik“) hielten an dem Vorhaben fest.

Der Wiederaufstieg demokratischen Denkens in Deutschland führte zu einem Zusammenschluß vieler Kleinparteien zur Deutschen Fortschrittspartei, die regional Bündnisse mit der SPD einging. Gleichzeitig gewann die SPD selbst immer breitere Zustimmung: 1890 erhielt sie 19,7% der Stimmen (1,5 Mill. Wähler), 1912 waren es bereits 35% (4,3 Mill.) oder 110 Reichstagsmandate; außerdem hatte sie 1 Million Mitglieder. Der Erfolg der SPD war auch eine eigene Nationalbewegung, d.h. eine Organisation der Bevölkerung als Nation zur Durchsetzung im eigenen Land. Lassalle hatte 1863 aus nationaldemokratischer Perspektive einen „Volksstaat“ angestrebt, sich aber gleichzeitig vom wilhelminischen Nationalismus – der ihn und seine Mitstreiter als „vaterlandslose Gesellen“ schmähte – abgegrenzt: Die Sozialdemokratie verstand sich als andere, aber nicht weniger partiotische Nation. Parallel dazu verlief die internationale Entwicklung. An der Zweiten Internationalen Arbeiterkonferenz 1889 in Paris nahmen Bebel, Liebknecht und der französische Sozialist Jean Jaurès teil. Ab 1907 war auch das Wettrüsten ein Thema der internationalen Arbeiterbewegung.

Im katholisch geprägten Köln gab es eine späte sozialdemokratische Bewegung, die 1892 mit der Gründung der Rheinischen Zeitung begann. Um 1900 nahm die Zahl der SPD-Mitglieder langsam zu, 1906 organisierte man den Protest gegen das Dreiklassen-Wahlrecht und 1908 bereits öffentliche Demonstrationen. 1912 schließlich gelang es in Zusammenarbeit mit der liberalen Fortschrittspartei

tei, das Reichstagsmandat für Adolf Hofrichter (SPD) zu erobern. Es entstand – nicht nur in Köln – eine eigene sozialdemokratische Kultur aus Partei, Gewerkschaften, der Konsum-Genossenschaft, Gesangs- und Turnvereinen und der Volksbühne („Von der Wiege bis zur Bahre“).

Der gemeinsame Aufstieg stellt das „goldene“ Kapitel der sozialdemokratischen Geschichte dar. Alle Konflikte wurden intern ausgetragen und führten nicht zur Spaltung der Arbeiterbewegung. Die Arbeiter standen mit ihrer Aufbruchsstimmung nicht allein: Auch der deutsche Katholizismus wandte sich der sozialen Frage zu, es entstand ab 1865 eine zunächst bürgerliche Frauenbewegung, um 1900 auch eine Jugendbewegung, Wirtschaftsverbände und Sportvereine verschiedener Couleur wurden gegründet, und die europäischen Nationalstaaten griffen im Kolonialismus über Europa hinaus.

## 2 Deutsche Demokratie und sozialistische Revolution (1915–1920)

Seit dem Revisionismusstreit gab es innerhalb der SPD – trotz der Geschlossenheit nach außen – zwei unterschiedliche Zielvorstellungen: Die eine spekulierte auf den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems und beinhaltete die revolutionäre Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hin zum Sozialismus, die andere bestand in der sozialen Demokratisierung Deutschlands (z.B. durch die Reform des Wahlrechts). Gegen Ende des Ersten Weltkriegs war die SPD deshalb zwar in der Position, ihre Ziele verwirklichen zu können, es fehlte ihr aber an einer gemeinsamen Linie. Am Vormittag des 9. November 1918 besuchte eine Deputation der SPD-Mehrheitsfraktion im Reichstag den Reichskanzler Prinz Max von Baden und forderte von ihm die Regierungsvollmacht für die SPD. Der Kanzler gab nach und erteilte dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert den Auftrag zur Regierungsbildung. Nachmittags kam es zu einer gewaltigen Demonstration von Arbeitern vor dem Reichstag, die in begeisterten Applaus ausbrachen, als Philipp Scheidemann von einem Fenster des Gebäudes aus die freie deutsche Republik verkündete. Scheidemann forderte die Demonstranten auf, sich ruhig zu verhalten und den Gegnern der Demokratie keinen Vorwand zum Eingreifen zu geben. Parallel zu dieser Machtübernahme durch die Mehrheits-SPD hatte Karl Liebknecht von der sozialistischen USPD von einem Balkon des Hohenzollern-Stadtschlusses die sozialistische Räterepublik verkündet. Während die Mehrheits-SPD sofort für ein paritätisches Kabinett der beiden Arbeiterparteien aussprach, zögerte die USPD. Während ihr Parteivorstand beriet, forderte Karl Liebknecht unumwunden alle Legislative und alle richterliche Gewalt für die Arbeiter- und Soldatenräte. Obwohl Liebknecht ein hohes Ansehen besaß, stimmte man ihm nicht sofort zu: Die Politiker fürchteten eine Konterrevolution angesichts dieses klaren Bekenntnisses zum Bolschewismus. So war die SPD auf dem Gipfel ihrer Macht gespalten; sie hatte die politische Initiative gewonnen, dabei aber ihre Einigkeit verloren.

Wie war es dazu gekommen? Im August 1914 hatte die SPD-Reichstagsfraktion gemeinsam mit den anderen Parteien für die Bewilligung von Kriegskrediten gestimmt, obwohl sie noch Wochen vorher Proteste gegen den Krieg organisiert hatte. Dieser scheinbare Widerspruch beruhte auf dem Unterschied zwischen internationalistischer Theorie und patriotischer Praxis. Ihr Fraktionssprecher Hase betonte, die Sozialdemokraten seien gegen den Krieg, ließen ihr Vaterland in der Not aber nicht im

Stich. Auch SPD-Anhänger zogen deshalb – wenn auch weniger kriegsbegeistert als die bürgerlichen Schichten – als Kriegsfreiwillige ins Feld. Da sowohl Funktionäre als auch Wähler aus den unteren Schichten der Bevölkerung kamen und damit zu den einfachen Soldaten zählten, wurde die Partei durch den Krieg regelrecht ausgeblutet. In einigen Regionen brach die Parteiorganisation völlig zusammen, der Kölner Verband schrumpfte von 9000 Mitgliedern 1913 auf 2000 Mitglieder 1917). Zu dieser existentiellen Gefährdung kam eine Spaltung der Arbeiterbewegung. Das gemeinsame politische Programm, das schon die gegensätzlichen theoretischen Positionen berücksichtigen mußte, wurde nun durch die Umsetzung des „sozialdemokratischen Patriotismus“ zusätzlich strapaziert. Es ging um die Frage, ob die Fraktion aus Staatsräson die Reichsregierung in allen kriegswichtigen Fragen unterstützen müsse, oder ob sie auch hier politische Opposition leisten sollte. Ab 1915 eskalierte der Streit. Liebknecht und andere waren für eine konsequente Opposition angesichts der annktionistischen Tendenzen unter den bürgerlichen Parteien (z.B. in Belgien); Bernstein, Kautsky und Hase verfaßten eine entsprechende Denkschrift mit dem Titel „Das Gebot der Stunde“. Durch immer neue Kriegskredite wurde diese Position innerhalb der SPD gestärkt, bis im Winter 1915/6 eine Minderheit der Abgeordneten ihre Zustimmung zu weiteren Krediten verweigerte. Die Mehrheit reagierte im März 1916 mit dem Ausschluß der Abweichler aus der Fraktion, die im April 1917 in Gotha die Unabhängige SPD (USPD) gründeten. Nach der verlustreichen Schlacht von Verdun und dem Hungerwinter 1916/7 hatten die Streiks gegen den Krieg zugenommen, das Volk forderte nicht mehr den Sieg, sondern Frieden, Freiheit und Brot. Die Massenproteste, die ihren Ausgang mit einem Streik der Straßenbahnschaffnerinnen in Köln nahmen, fanden ihren Höhepunkt in den Munitionsarbeiterstreiks im Januar 1918. Außerdem konstituierte sich seit Ende 1917 Sowjetrußland, was auch auf die deutsche Arbeiterbewegung psychologische Auswirkung hatte, die von Lenin propagandistisch verstärkt wurden. Ende 1918 stand trotzdem eine Mehrheit der Bevölkerung hinter der Mehrheits-SPD, die den Ausbau der Demokratie vorantrieb. Mit ihren bürgerlichen Partnern vom linken Zentrum (Matthias Erzberger), von der Fortschrittspartei und sogar einem Teil der Nationalliberalen (Gustav Stresemann) setzten sie eine Wahlrechtsreform durch, die Umwandlung des Haushaltsausschusses in einen Hauptausschuß und die Einsetzung eines Verfassungsausschusses. Im Frühjahr 1917 verabschiedete eine interfraktionelle Initiative sogar eine Friedensresolution. Der militärische Zusammenbruch erfolgte im Juli 1918 nach einer letzten Offensive an der Westfront. Nun konnte die SPD ihre Bedingungen für eine Mitwirkung an den Waffenstillstandsverhandlungen formulieren, da die Alliierten nicht jede deutsche Regierung als Verhandlungspartner akzeptieren wollten. Schon vor dem 9. November wurden die Sozialdemokraten mit den Staatssekretären Scheidemann und Bauer an der Reichsregierung beteiligt.

Die Jahre 1915 bis 1922 waren auch die Epoche der höchsten Politisierung der Arbeiterschaft. Deren Interesse für politische Fragen hatte sich vor dem Hintergrund des Aufstiegs und der Etablierung der SPD und ihrer Spaltung im Ersten Weltkrieg. Während das Erfurter Programm sowohl einen revolutionär-marxistischen als auch einen demokratisch-pragmatischen Teil enthielt, war revolutionäre Bestrebungen bis zum Beginn des Weltkriegs in den Hintergrund getreten. Nun brachte die Durchsetzung des Leninismus in Rußland den unbewältigten Marxismus wieder auf die Tagesordnung; sogar Bernstein, einer der führenden Revisionisten, trat der marxistischen USPD bei.

Gleichzeitig mündete aber auch der von den bürgerlichen Schichten übernommene sozialdemokratische Patriotismus der Arbeiter in einen Kriegsnationalismus, dem im übrigen alle Schichten in Deutschland, auch Hochschulprofessoren und Geistliche, anhängen. Unter dem neuen Stichwort der „Volksgemeinschaft“ wurde ein innenpolitischer Burgfrieden verkündet, den Kaiser Wilhelm II. mit dem Ausspruch unterstrich, er kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Tatsächlich wurden die Sozialdemokraten in dem Maße, wie sie den Krieg unterstützten, auch politisch akzeptiert. Erst in der zweiten Hälfte des Krieges wurde die Lage der SPD schwieriger, da die ausgegrenzten Kritiker sich lautstark zu Wort meldeten. Am rechten politischen Rand formierte sich ein organisierter Nationalismus, der unter dem Namen Vaterlandspartei den bis dahin ideologiefreien Begriff „Vaterland“ mißbrauchte.

Ohne auf das Modell der Oktoberrevolution von 1917 als politische Alternative einzugehen, übernahm die SPD in der Innen- und Außenpolitik die Initiative und setzte eine grundlegende demokratische Strukturreform durch. So konnte sie am 23. September nach dem militärischen Zusammenbruch im August selbstbewußt die Bedingungen für ihre Kooperation mit der Reichsregierung formulieren. Sie forderte ein Bekenntnis zur Friedenserklärung und den Beitritt zum Völkerbund, eine völlige Klärung der belgischen Frage und die Wiederherstellung von Serbien und Montenegro, Autonomie für das Elsaß, ein allgemeines, freies und gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen, eine Ausschaltung der undemokratischen nebenregierungen von Kaiser und Militär, die vollständige Souveränität des Parlaments und die Durchsetzung der Bürgerrechte. Der relativ liberale Reichskanzler Prinz Max von Baden akzeptierte. Der Reichstag trat allerdings erst am 22. Oktober wieder zusammen. Friedrich Ebert erklärte in dieser Sitzung den Eintritt der SPD in die Reichsregierung und rechtfertigte ihn mit der Not des Vaterlandes, die Sozialdemokratie habe mit diesem Schritt nicht preisgegeben und stehe weiterhin zu ihren Idealen. Am 28. Oktober 1918 wurde eine neue monarchistische Verfassung verabschiedet, gleichzeitig kam in Berlin die 3. Wilson-Note zum Kaiserproblem an. Für die SPD-Führung überraschend, kam es zu einer Volksbewegung gegen die Verfassung, die von Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel ausging.

In Bayern wurde der Aufstand organisiert von Kurt Eisner, einem Einzelgänger innerhalb der SPD. Am 6. November fand eine Protestkundgebung von Matrosen auf der Münchner Theresienwiese statt, eine Resolution für den Weltfrieden wurde verabschiedet und ein Rat der Arbeiter und Soldaten konstituierte sich im Maximilianaum mit dem Anspruch, den Bruderkrieg der Sozialisten in Bayern zu beenden. Einen Tag später rief Eisner den Freistaat Bayern aus, der Deutschland für den Völkerbund rüsten sollte. Ludwig III. verließ am selben Tag München und verzichtete auf seinen Thron. Am 9. November folgte Berlin dem Münchner Beispiel: Ebert wurde Reichskanzler, rechnete aber noch mit einer parlamentarischen Monarchie, Scheidemann rief die Republik aus, Liebknecht die sozialistische Räterepublik. Der am 10. November zusammengetretene Rat der Volksbeauftragten richtete am 12. November einen Aufruf an das deutsche Volk, den Sozialismus zu verwirklichen und die Spaltung der SPD zu überwinden. Eine vereinigte Bewegung von Mehrheits-SPD und USPD stellte diesen revolutionären Schub sicher. Von den Fürsten kam keinerlei Widerstand, sie verließen das Land. Ende 1918 wurden auf der Nationalen Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte sozialistische Reformen beschlossen, aber schon im Januar 1919 kam es durch die Gründung der

KPD zu politischen Wirren und Straßenkämpfen. Die beunruhigte Mehrheits-SPD setzte Freikorps aus ehemaligen Frontsoldaten ein. Der zuständige Minister Noske war mit der Kontrolle dieser Verbände, die bald wahllos Parlamentarier und Genossen ermordeten, völlig überfordert.

Am 19. Januar 1919 wurde dennoch die Republik bestätigt: Bei der Wahl zur Nationalversammlung erhielt die SPD 38%, die USPD 7,5%, die DDP 18,5% und das Zentrum 20% der Stimmen. Die demokratischen Parteien hatten damit eine Zweidrittelmehrheit. Wegen der Unruhen in Berlin wich die Nationalversammlung nach Weimar aus, wo sie Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten wählte und eine SPD-Regierung unter Philipp Scheidemann bildete. Im Juni hielt die SPD ebenfalls in Weimar einen Parteitag ab, auf dem Eduard Bernstein seine Genossen aufforderte, die Mitschuld der deutschen Regierung am Ausbruch des Weltkrieges einzugestehen. Er appellierte an sie, ihren Patriotismus nicht mißzuverstehen und die Fehler der Reichsregierung im August 1914 nicht mitzutragen: „Macht Euch frei von den Ehrbegriffen der Bourgeoisie!“ Gegen diese Initiative gab es starken Widerstand von allen Seiten, allein der Delegierte Gustav Hoch plädierte für Bernsteins Auffassung, andere diffamierten seinen „Wahrheitsfimmel“. Den Versailler Vertrag wollte deshalb auch die Regierung unter Scheidemann nicht unterschreiben, sie trat geschlossen zurück. Das nachfolgende Kabinett mußte diese Aufgabe übernehmen.

Im Herbst 1919 kam es zu einer „Welle von rechts“, unterstützt vom Feldmarschall Hindenburg, der vor dem Reichstagsausschuß die „Dolchstoßlegende“ entwickelte, nach der das deutsche Heer im Feld unbesiegt von deutschen Politikern zur Niederlage gezwungen worden sei. Mitte März 1920 kam es zum Kapp-Putsch unter Führung der Generäle Kapp und Lüttwitz, die mit Freikorps nach Berlin marschierten. Die Reichswehr verweigerte die Gefolgschaft („Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“) und die Regierung mußte nach Süddeutschland fliehen. Die Gewerkschaften unter der Führung von Karl Legien retteten die Republik, indem sie einen lückenlosen Generalstreik organisierten. Die Bedingungen für den Abbruch des Streiks waren die Rückkehr der Regierung und der Rücktritt Noskes als Kriegsminister. Das Kriegsministerium kam in bürgerliche Hände.

In Köln war die Stimme der Sozialdemokratie ab 1915 mit der Rheinischen Zeitung neu erwacht, obwohl das Blatt sich zu Kriegsbeginn ebenfalls begeistert gegeben hatte. Ihre Forderung nach mehr Gerechtigkeit in der Verteilung der Kriegslasten führte zur Einrichtung einer kriegswirtschaftlichen Abteilung unter Konrad Adenauer. Mit Unterstützung des Journalisten Wilhelm Sollmann errichtete Adenauer eine Art „Kommunalsozialismus“. Sollmann sorgte auch für eine friedliche Durchsetzung der Revolution in Köln. Als am 7. November 1918 die ersten Matrosen aus Kiel am Kölner Hauptbahnhof ankamen und die Kölner Garnison eine MG-Kompanie an den Bahnhof beorderte, beruhigte er die Gemüter und erreichte auf einer friedlichen Kundgebung am nächsten Tag die Einsetzung eines Arbeiter- und Soldatenrates. Sogar der Feldmarschall Hindenburg lud den Kölner Journalisten ein und empfahl danach die Einrichtung von Räten nach Kölner Muster. Die größten Versammlungen in Köln waren eine vorweggenommene Demokratiefeyer im Gürzenich am 23. Oktober 1918 und eine Demonstration gegen den Kapp-Putsch am 15. März 1920.

### 3 Die staatstragende Partei in der Auseinandersetzung mit der totalen Opposition von links und rechts (1921–1944)

#### 3.1 Kampf um die Republik

Obwohl die Sozialdemokratie in der Weimarer Republik für den Erhalt der Demokratie stand und der erfolgreiche Generalstreik gegen den Kapp-Putsch im März 1920 die Zustimmung in der Bevölkerung zur Republik gezeigt hatte, verlor die SPD bei den Reichstagswahlen im Juni 1920. Im Vergleich zur Wahl der Nationalversammlung 1919 verlor sie 16 Prozentpunkte und erreichte nur 22%, die USPD konnte dagegen ihr Ergebnis von 7% auf 18% steigern, die erstmals angetretene KPD erhielt 2%. Die liberale DDP (Deutsche Demokratische Partei) sackte von 18% auf 8% ab, das Zentrum verlor durch die Abspaltung der Bayerischen Volkspartei 6 Prozentpunkte und erreichte 14%. Bei den rechten Parteien steigerten sich Stresemanns DVP (Deutsche Volkspartei) von 4% auf 14%, die DNP (Deutsche Nationalpartei) von 5% auf 15%. Insgesamt wurden die Ränder des Parteienspektrums gestärkt. Die SPD gab ihre Führungsrolle an das koalitionsfähigere Zentrum ab, das von nun an die Regierung bildete. In der Oppositionsrolle (bis 1928) verfolgten die Sozialdemokraten einen Kurs der Tolerierung aus Gründen der Staatsräson (z.B. bei der Ruhrbesetzung 1923). 1924 erreichte die Partei bei den Reichstagswahlen mit 26% wieder ein deutlich besseres Ergebnis.

Der Grund für den Anstieg war die Änderung der Sozialstruktur von Mitgliedern und Wählern: Als staatstragende Kraft wurde die SPD auch für Bürgerliche, d.h. Angestellte und Beamte wählbar. Ausdruck dieser Veränderung war auch das auf dem Parteitag in Görlitz 1921 verabschiedete neue demokratisch-republikanische Parteiprogramm (federführend war Eduard Bernstein). Dagegen orientierte sich die abgespaltene USPD schon 1920 auf ihrem Parteitag in Halle nach links. Lenin forderte als Bedingung für einen Beitritt zur kommunistischen Internationale eine Unterordnung unter die russische KP und die Anerkennung der Diktatur des Proletariats. Nur wenige Stimmen sprachen sich für eine Bindung an die internationale Sozialdemokratie aus, die Mehrheit der Delegierten beschloß einen Beitritt zur KPD. Die Rückkehr einiger USPDler zur SPD wirkte sich auf das in Heidelberg 1925 verabschiedete Parteiprogramm aus: Die marxistischen Elemente wurden gestärkt. Die Selbstauflösung der USPD stärkte aber vor allem die KPD bei den Reichstagswahlen: 1924 konnten sie sich auf 12,5% steigern (1928: 10%, 1932: 17%). Eine weitere linke Gruppierung war Leonard Nelson – Sozialistischer Jugendbund, der 1926 aus der Bewegung der Sozialdemokratie ausgeschlossen wurde und sich in Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK) umbenannte.

#### 3.2 Unter Hindenburg

Seit 1925 kam es wieder zu einem starken Druck der politisch Extremen und zu einer Militarisierung des politischen Lebens. Im politisch-geistigen Gesamtklima stand eine Kritik am „umständlichen“ Parlamentarismus im Vordergrund, die eine Radikalisierung und den Wunsch nach einem starken

Führer förderte. Dies kam bei der Reichspräsidentenwahl 1925 zum Ausdruck. Der Kandidat des „Reichsblocks“, der 78-jährige ehemalige Feldmarschall Hindenburg, siegte im zweiten Wahlgang mit 14 Mill. Stimmen gegen den Kandidaten des „Volksblocks“ Wilhelm Marx (13,7 Mill.). Allerdings siegte Hindenburg nur, weil die Bayerische Volkspartei gegen den Willen des Zentrums seine Wahl empfahl und weil die KPD ihren Kandidaten Ernst Thälmann nicht zurückzog, der 2 Mill. Stimmen auf sich vereinigte. Der demokratiekritische und antisozialistische neue Reichspräsident und die ihn stützenden Parteien bemühten sich, die Stellung des Reichspräsidenten gegenüber dem Parlament zu stärken und die Möglichkeiten der Weimarer Verfassung in ihrem Sinne auszunutzen.

Zur weitverbreiteten Demokratiemüdigkeit gab es bis Ende der 20er Jahre auch eine Gegenströmung, die die SPD 1928 in einer Koalition mit dem Zentrum, der DVP, der DDP und der bayerischen Volkspartei wieder in die Regierungsverantwortung brachte. Im gleichen Jahr wandte sich die Industrie gegen die Schlichtung von Tarifstreitigkeiten durch staatliche Institutionen und sperrte während des Ruhreisenstreits ihre Arbeiter im Ruhrgebiet aus. Dieser Konflikt führte im März 1930 zur Demission der Regierung, da die SPD die Regierungspolitik nicht mehr mittragen wollte. Später wurde den Sozialdemokraten der Vorwurf gemacht, sie hätten das für sie günstige Wahlergebnis nicht wirklich genutzt. In der Folge kam es zur Ausweitung der Präsidialherrschaft Hindenburgs unter Mitwirkung des Reichskanzlers Heinrich Brüning (Zentrum): Das neue Kabinett brachte im Juli 1930 ein Sozialgesetz ins Parlament ein, das abgelehnt wurde. Daraufhin erließ der Reichspräsident eine entsprechende Notverordnung, die ebenfalls abgelehnt wurde. Nach der Verfassung war damit die Ablehnung des Gesetzes endgültig, Hindenburg löste stattdessen den Reichstag auf und erließ das Gesetz erneut als Notverordnung. Auch hier zog sich die SPD zurück und reagierte auf den Verfassungsbruch nicht – wie von einigen gefordert – mit einem Massenstreik.

Bei der folgenden Reichstagswahl im September konnte sich die rechtsextreme NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) von 2,6% (1928) auf 18% steigern, allerdings hielten auch die demokratischen Parteien ihre Stimmenanteile. Die SPD konzentrierte sich nach dieser Wahl noch stärker auf die Tolerierung der Regierungspolitik, sie stimmte einem Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler Brüning nicht zu und enthielt sich bei Abstimmungen über Notverordnungen des Reichspräsidenten. Die Motive waren neben der Angst vor einer Ausweitung der Krise durch verfassungsfeindliche Parteien wie die NSDAP und der Gefahr der Radikalisierung durch Widerstand vor allem die Koalition von SPD und Zentrum in Preußen seit 1919: Die Sozialdemokraten wollten nicht auf Reichsebene gegen ihre Koalitionspartei agieren, und Preußen machte immerhin zwei Drittel des Reichsgebietes aus. Wegen der Zurückhaltung der wichtigsten Oppositionspartei nahm die Bedeutung des Reichstages in den Jahren 1930 bis 1932 auch rapide ab, 1932 wurden nur noch 13 Sitzungen abgehalten (1930: 90). Noch immer scheute die SPD vor einer Mobilisierung der Massen zurück. Bei der Wahl zum Reichspräsidenten 1932 trat gegen den amtierenden Hindenburg Adolf Hitler von der NSDAP an. Die SPD verzichtete auf einen eigenen Kandidaten und unterstützte Hindenburg schon im ersten Wahlgang. Im zweiten Wahlgang setzte dieser sich dann mit 53% gegen Hitler (37%) durch.

Am 20. Juli 1932 rief der neue Reichskanzler Franz von Papen die preußischen Minister Braun und Severing zu sich und teilte ihnen ihre Basetzung mit. Preußen unterstellte er sich selbst, die preußische Polizei der Reichswehr. Der Anlaß für diesen Staatsstreich war der Wahlsieg der NSDAP bei der Preußenwahl im April 1932 und die Weigerung der Regierung Braun/Severing, zurückzutreten. Während die abgesetzten Minister an der Möglichkeit eines Massenprotests zweifelten sprachen sich Julius Leber, Carlo Mierendorf, Theodor Haubach und Kurt Schumacher für einen aktiven Kampf gegen rechts aus.

### 3.3 Nach dem 30. Januar 1933

Nachdem die SPD 1928 frühzeitig aus der Regierung ausgetreten war, den Verfassungsbruch 1930 hingenommen hatte, keinen Kandidaten zur Reichstagswahl aufgestellt hatte und keine Mobilisierung gegen den „Preußenschlag“ 1932 versucht hatte, war die Weimarer Republik Ende Januar 1933 am Ende. Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler durch Hindenburg am 30. Januar begann schon im Februar der Terror der Nationalsozialisten. Käthe Schlächter (geb. 1910), eine junge Arbeiterin aus Köln, die seit 1925 in der SPD engagiert war, beschreibt in ihren Erinnerungen die Aktionen gegen Demokraten. Die Rheinische Zeitung, wo sie als Sekretärin arbeitete, wurde am 9. März verboten, SA und SS konfiszierten sämtliches Eigentum der Redaktion, verhaftete und mißhandelte den Chefredakteur Wilhelm Sollmann und andere Redakteure. Schlächter selbst wurde von ihrem Vermieter zum Umzug gedrängt und traf sich mit Gesinnungsgenossen heimlich bei einer Schuster am Griechenmarkt. Die Atmosphäre war aufgeladen, der „deutsche Gruß“ bei Prozessionen von SA und SS war Pflicht. Trotz des systematischen Terrors erreichte die SPD bei den letzten „freien“ Reichstagswahlen am 5. März noch 18,2%, die KPD 12,3% und das Zentrum 11%.

Bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz kurz darauf lagen allerdings 26 von 110 sozialdemokratischen Abgeordneten mit schweren Verletzungen im Krankenhaus, sämtliche kommunistischen Abgeordneten waren im Gefängnis oder ebenfalls verletzt. Ein Antrag der SPD-Fraktion auf Freilassung der inhaftierten Kollegen wurde von der Parlamentsmehrheit abgelehnt. Vor der namentlichen Abstimmung hielt der Fraktionsvorsitzende Otto Wels eine Rede: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“. Er schlug den Regierungsparteien NSDAP und DNVP vor, mit ihrer parlamentarischen Mehrheit von zusammen 51% doch verfassungsgemäß zu regieren und appellierte an das Rechtsbewußtsein des Volkes, bekannte sich zum Rechtsstaat, zur Menschlichkeit und zur Freiheit. Hitler antwortete höhnisch und arrogant im Bewußtsein seiner Macht. Während der folgenden namentlichen Abstimmung standen SA-Männer hinter den Abgeordneten, trotzdem stimmten alle SPD-Vertreter mit nein, die übrigen Parteien stimmten zu.

Am 1. Mai feierten nationalsozialistische Organisationen gemeinsam mit den Gewerkschaften den Tag der Arbeit, am nächsten Tag wurden die Gewerkschaftshäuser von der SA gestürmt. Viele Gewerkschafts- und SPD-Funktionäre flohen ins (noch nicht zum Reich gehörende) Saarland, darunter der SPD-Vorstand mit Otto Wels und Erich Ollenhauer. Mit dieser Begründung wurde die

SPD am 22. Juni 1933 verboten. Innerhalb der Partei gab es eine lebhafte Diskussion um die Alternativen Widerstand oder Emigration. Mit der Illegalität wurde auch die Stärke der SPD, ihre gute Organisation, zerschlagen, eine sozialdemokratische Lebenskultur wurde unmöglich und die Emigration einiger Funktionsträger führte zum Konflikt mit den Zurückbleibenden. Die Mehrheit der Mitglieder wählte die Strategie des „Überwinterns“, einige verleugneten aber auch ihre Zugehörigkeit oder wanderten zu anderen Parteien ab.

Bei den letzten geheimen Wahlen der frühen Zeit des Regimes im April 1933 und 1935 (Betriebsratswahlen u.ä.) ergab sich ein negatives Bild für die NSDAP, die Ergebnisse durften nicht veröffentlicht werden. Allerdings hätte 1938 nach Meinung von Historikern auch eine freie Volkswahl eine große Mehrheit für Hitler ergeben. Widerstand wurde zunehmend schwierig, viele Verhaftungen schürten ein Klima der Angst. Der Exil-Vorstand versuchte, die politische Arbeit durch Vertrauensleute an den Grenzen des Reichs fortzusetzen, allerdings war es schwierig, unverdächtige und gleichzeitig uninformierte Adressaten zu finden. Der offene Widerstand durch den Putschversuch am 20. Juli 1944 scheiterte. 1934 wich der Vorstand von Saarbrücken nach Prag aus und veröffentlichte das Prager Manifest, später ging man nach Paris und London. Dort wurden die Sozialdemokraten als „feindliche Ausländer“ teilweise interniert, erhielten aber auch Unterstützung durch die Fabian-Society und andere. Gute Verbindungen bestanden nach Schweden (wo sich Brandt, Wehner und Kreisky aufhielten) und in die USA.

#### 4 Der Wiederbeginn in Köln (1945–1948)

Seit dem 6. März war das linksrheinische Köln in US-amerikanischer Hand, ab Anfang April auch die rechte Seite des Rheins. Die überlebenden Sozialdemokraten waren auf sich selbst gestellt, da die Strukturen auf Reichsebene während des Dritten Reiches völlig zerstört worden waren. Allein Werner Hansen war aus London schon vor der Ankunft der US-Armee in Köln eingeschleust worden. Die Stadt lag in Trümmern, der Militärkommandeur suchte deutsche Verbindungsleute eher bei den kirchlichen Stellen und politische Arbeit war untersagt. Man konzentrierte sich also zunächst auf praktische Aktivitäten wie die Versorgung, den Aufbau, Verhinderung von Plünderungen, die Verteilung von Wohnraum und den Umgang mit den Nazis. Antifaschistische Bürgerausschüsse wurden von Sozialdemokraten und Kommunisten initiiert. Dann begann die gewerkschaftliche Neuorganisation unter Hansen und Hans Böckler mit der Gründung von Betriebsräten. Eine linke und christliche Einheitsgewerkschaft wurde allerdings von den (seit Juni 1945) britischen Besatzern verhindert (erst 1950 wurde der DGB als Dachverband der Gewerkschaften gegründet). In der amerikanisch berufenen Stadtverwaltung unter dem Überbürgermeister Konrad Adenauer gab es keine Sozialdemokraten. Eine Kommission mit Werner Hansen, Viktor Agartz und Lies Hoffmann entwarf ein Programm, das eine übernationale staatliche Organisation forderte und marxistisch orientiert war. Als neues Parteiprogramm konnte sich der Entwurf nicht durchsetzen, Kurt Schumacher entschied, der Aufbau einer Parteiorganisation habe Vorrang. In Köln kümmerte sich Robert Görlinger um diese Aufgabe.

In den westlichen Zonen waren in den ersten Monaten keine politischen Parteien erlaubt, im September 1945 wurde aber einem Antrag der SPD auf Legalisierung stattgegeben. Auch die bürgerliche Seite konstituierte sich rasch: Im November 1945 wurde in Bad Godesberg unter Führung des Berliners Andreas Ermes die CDU gegründet. Kurt Schumacher hielt am 11. November eine programmatische Rede in der Aula der Kölner Uni, ab März 1946 erschienen mit der Rheinischen Zeitung und der (kommunistischen) Volksstimme auch die ersten Zeitungen wieder. Am 20. Juni 1946 wurde ein Parteitag für den Bezirk Köln auf einem Rheindampfer abgehalten, auf dem die junge Generation noch fehlte. Aber bald setzte ein Zustrom aus den Mittelschichten ein, so daß die SPD in Köln Ende 1946 5500 Mitglieder zählte. Eine Restituiation der sozialdemokratischen Kulturvereine scheiterte allerdings, aus der SPD wurde eine politische Aktionspartei.

Zwar war die Partei wegen ihrer Aufbauarbeit sehr auf sich bezogen, aber Robert Görlinger prangerte unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem KZ die Benachteiligung der SPD auf kommunaler Ebene an. Seit dem Mai 1946 traten die Sozialdemokraten verstärkt mit Versammlungen in den einzelnen Stadtteilen hervor. Mit der KPD trat auch ihr alter Konkurrent wieder in Erscheinung. Sie konnte bei ihrer Reorganisation auf die Unterstützung durch das Berliner Komitee Freies Deutschland bauen und war in Ortsausschüssen stark vertreten. Die rheinischen Kommunisten betrachteten die Fusion von KPD und SPD in der SBZ im Frühjahr 1947 als Vorbild. Mit Reden von Pieck und Grotewohl im Rheinland warben sie um Unterstützung für diese Idee. Die SPD verhielt sich ablehnend, war aber gleichzeitig unsicher über das Stimmenpotential der KPD. Auch ihr neuer Gegner auf der Rechten, die CDU, irritierte die Sozialdemokraten: Konrad Adenauer, der in der Weimarer Republik mit der SPD zusammengearbeitet hatte, gab sich nun konservativ und antisozialistisch, das neugegründete Zentrum war zwar linker, aber auch erheblich schwächer als die Christdemokraten. Im März 1946 errang die CDU bei einer Volksabstimmung in Nordrhein-Westfalen über das künftige Schulsystem einen Erfolg über die Sozialdemokraten. Diese waren für eine Beibehaltung der im Dritten Reich eingeführten Einheitsvolksschule, während die CDU für konfessionelle Schulen plädierte und sich durchsetzte. Dieser Schock wurde durch den Ausgang der Kommunalwahlen am 13. Oktober 1946 verstärkt. Die CDU erhielt 53% der Stimmen, die SPD nur 34% und die KPD 9%. Das Wahlergebnis wurde durch das damals geltende (britische) Mehrheitswahlrecht noch zugunsten des Wahlsiegers verschoben. Bei der Landtagswahl im April 1947 fielen die Sozialdemokraten weiter ab (30%), während sich die KPD auf 17,5% steigern konnte; Sieger blieb die CDU mit 46%. Erst die Kommunalwahlen im Oktober 1948 brachten eine Veränderung zugunsten der SPD: mit 38% schob sie sich an die CDU heran (42%). Allerdings fehlte ihr weiterhin das Stimmenpotential der KPD (11%). Erst nach dem KPD-Verbot 1956 war sie auf linker Seite konkurrenzlos und konnte z.B. in Köln mit dem Kandidaten Theo Burauen (46%) einen klaren Sieg über die CDU (42%) erringen.

## 5 *Im Ost-West-Konflikt (1945–1949)*

### 5.1 *Verfassung und Parteiverfassung*

Nach dem Sieg der Alliierten über die deutsche Wehrmacht stellte sich für die überlebenden Sozialdemokraten die Frage nach der Art des Neubeginns: Sollte sich die SPD wieder- oder neubegründen? Hans Vogel verschickte schon am 16. März 1945 einen entsprechenden Brief an die Mitglieder des Exilvorstands. Die meisten lehnten eine Kontinuität ab, weil sie ihre eigene Legitimität bezweifelten und das Ende der Weimarer Republik als Symbol für ein Versagen der SPD betrachteten. Viele hofften auf eine „andere“ sozialistische Partei, als Vorbild galt ihnen die erfolgreiche Neugründung des bürgerlichen Lagers, die CDU. Deshalb wurde 1945 die faktische Kontinuität der SPD im Exil nicht zur Geltung gebracht. Stattdessen waren die antifaschistischen Ortsausschüsse in allen Besatzungszonen das wichtigste Betätigungsfeld für alte Sozialdemokraten. Das Denken ging in Richtung einer sozialistischen Einheitspartei. Nach dem 8. Mai 1945, als die Alliierten die politische Souveränität übernommen und das Ende des Deutschen Reiches als Staat besiegelt hatten, gab es grundsätzlich drei Zentren der Sozialdemokratie: den immer noch bestehenden Exilvorstand, der sich in London abwartend verhielt, das Büro Kurt Schumachers in Hannover und den Berliner Zentrallausschuß mit Otto Grotewohl an der Spitze, dem schon im Juni 1945 die Wiederbegründung der SPD erlaubt wurde (die Sowjets förderten, im Gegensatz zu den Westmächten, die Gründung von Parteien). Die Folge war eine uneinheitliche Artikulation der SPD.

Neben den Diskussionen um die Identität der Sozialdemokratie gab es auch die Bereitschaft zur Überwindung des alten SPD-KPD-Konflikts; die KPD selbst knüpfte an die Volksfront-Politik der 30er Jahre an und stellte die kommunistische Ideologie zurück. Als Ziel galt zunächst nicht die Vereinigung beider Parteien, sondern gemeinsame Wahlsiege. Nachdem die Kommunisten allerdings in den ersten Wahlen im sowjetisch besetzten Teil Europas erfolglos geblieben waren, steuerte Moskau um und forcierte vor allem in Deutschland eine Vereinigung von SPD und KPD. Ab dem September 1945 gab es Zusammenkünfte der Kommunisten mit dem sozialdemokratischen Zentrallausschuß. Ein Treffen Grotewohls mit Schumacher im Februar 1946 blieb allerdings erfolglos, da die SPD in der SBZ immer mehr unter dem offenen Druck der sowjetischen Militäradministration stand und Schumacher sich vom sowjetischen Weg abgrenzte. Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) durch die Parteivorsitzenden Pieck (KPD) und Grotewohl (SPD) nahm die politische Spaltung Deutschlands schließlich vorweg, obwohl CDU und FDP noch gesamtdeutsche Parteien waren. Im Westen scheiterte das Projekt einer sozialistischen Einheitspartei, die SPD wurde die Konkurrenz durch die KPD erst in den 50er Jahren los. Dagegen setzte sich (anders als von den Briten gewünscht) eine Einheitsgewerkschaft durch, in der es eine starke Konkurrenz zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Funktionären gab.

Schumachers innerparteiliches Konzept sah vor, die Spaltung der Arbeiterbewegung ohne eine Fusion (wie im Osten) zu überwinden und eine neue linke politische Plattform zu bilden. Schon im Mai 1945 bemühte er sich um eine prowestliche Position. Zwar definierte er Gesellschaften nach wie vor

über Klassengegensätze, gleichzeitig sah er aber in der Nivellierung der Besitzverhältnisse durch das nationalsozialistische Regime und den Krieg ganz undogmatisch eine politische Chance: Die neue Klasse der Deposivierten und Verarmten stellte ein gewaltiges Wählerreservoir für die neue SPD als „große Partei aller Schaffenden“ dar. Man präsentierte das Programm eines demokratischen Sozialismus, der zwar auch national gestimmt war, sich aber scharf von jedem Nationalismus abgrenzte. Schumacher mahnte (wie auch Adenauer) die Suche nach einem europäischen Weg Deutschlands an. Die Öffnung der Partei für die Mittelschichten war demnach eine bewußte Formation als Sammelpartei. Obwohl die SPD unter Schumacher auch schon vor Godesberg keine dogmatische Positionsfestlegung betrieb und dadurch für die Klientel der früheren linksdemokratischen bürgerlichen Parteien wählbar wurde, verkörperte sie als einzige politische Gruppierung die Tradition der ersten deutschen Republik. Daraus leitete sie einen gewissen demokratischen Alleinvertretungsanspruch und ein starkes Selbstvertrauen ab. Gleichzeitig befand sie sich in mehreren Frontstellungen: am linken Rand zur KPD (und Stalins UDSSR), nach rechts zu den Besitzenden und ihren Parteien (CDU/CSU) und zusätzlich in existentiellen Fragen zu den Besatzungsmächten.

Am 22. März 1933 hatte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende im Reichstag, Otto Wels, vor der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz zur Weimarer Reichsverfassung bekannt und damit das demokratisch-republikanische Görlitzer Parteiprogramm von 1921 bekräftigt. Allerdings hatte das Rückströmen von USPD-Mitgliedern auf dem Heidelberger Parteitag 1925 eine Rückwendung zum Marxismus gebracht, an den das Prager Manifest des Exilvorstands 1934 anknüpfte. Auch das Manifest Carolo Mierendorfs vom Pfingstmontag 1943 rief zu einer sozialistischen Aktion gegen das Hitler-Regime durch christliche, sozialistische, kommunistische und liberale Kräfte auf und bezeichnete das arbeitende Volk als Grundelement der sozialistischen Ordnung. Nach 1945 wurde in Köln ein Programmwurf erarbeitet („Unser Ziel heißt Revolution, nicht Restauration“), der die Idee einer sozialen Demokratie nach innen und einer europäischen Föderation nach außen vertrat. Bei den von den Alliierten in den Frankfurter Beschlüssen geforderten Beratungen über das Grundgesetz eines demokratischen und föderalen Weststaates aus den drei westlichen Besatzungszonen, der späteren Bundesrepublik Deutschland, beteiligte sich die Sozialdemokratie aktiv. Carlo Schmid (SPD) übernahm den Vorsitz des Hauptausschusses im Parlamentarischen Rat. Der Rat griff nicht, was naheliegend gewesen wäre, auf die Weimarer Verfassung zurück, stattdessen wurde ein vollständig neues „Grundgesetz“ formuliert. Trotz ihrer Mitarbeit am Aufbau eines neuen demokratischen Staatswesens betonte die SPD ausdrücklich den provisorischen Charakter des Grundgesetzes. Entsprechend wenig engagiert zeigte sie sich bei der Festlegung ihrer Ziele im Gesetzestext: Im fertigen Entwurf fehlten Garantien für soziale Grundrechte wie Arbeit und Wohnung. Von der SPD initiiert wurde dagegen die starke Position des Bundeskanzlers (man erwartete einen Wahlsieg bei den ersten Bundestagswahlen). Kurt Schumacher, der während der Beratungen wegen Krankheit gefehlt hatte, formulierte nachträglich sechs Bedingungen für die Zustimmung der SPD zum Grundgesetz, darunter die Betonung der Einheit trotz des föderalen Prinzips und die Prävalenz der Bundesregierung in der Finanzpolitik, und setzte diese Grundsätze auch gegenüber den Alliierten durch.

## 5.2 Die ersten Nachkriegswahlen

Der Aufbau der Partei war im Mai 1946 so gut wie abgeschlossen, gegen Ende des Jahres wurde der Stand von 1932 noch weit übertroffen (711.400 Mitglieder) und in den von den Alliierten eingesetzten kommunalen und zonalen Allparteienregierungen war die SPD überall präsent. Deshalb ging die SPD den ersten freien Wahlen zuversichtlich entgegen und wurde durch mehrere Niederlagen hart getroffen. Bei den Kommunal- und Kreistagswahlen im Herbst 1946 siegte die CDU/CSU teilweise mit großen Abstand (die einzige Ausnahme war West-Berlin):

	Kommunalwahlen		Kreistagswahlen	
	SPD	CDU	SPD	CDU
britische Zone	24%	28%	35%	46%
US-Zone	17%	35%	27%	62%
französische Zone	12%	46%	24%	61%
West-Berlin	48%	22%		

Die Bevölkerung hatte das eindeutige Signal gegeben, daß der propagierte Alleinvertretungsanspruch ungerechtfertigt war. Der große Anspruch eines kraftvollen Neuanfangs entsprach nicht der Realität, viele Sozialdemokraten reagierten mit Resignation, einige – wie Schumacher – mit einem trotzigem „Jetzt erst recht!“. Der Versuch einer stärkeren Akzentuierung der sozialistischen Position führte zu einer strikt oppositionellen Haltung der SPD, in Abgrenzung von ihrer Tolerierungspolitik in Weimar. Eine Entschließung des SPD-Vorstands in Köln im September 1946, einen Monat nach den katastrophalen Wahlen, trug den Titel „Umkehr oder Untergang“. Das deutsche Volk wurde aufgerufen, sich für einen sozialistischen und demokratischen Neuaufbau und gegen einen weiteren kapitalistischen Irrweg zu entscheiden.

## 5.3 Die wirtschaftspolitische Position der SPD

Charakteristisch für die marxistischen Elemente auch des Nachkriegsprogramms war der angenommene Zusammenhang von politischer und wirtschaftlicher Macht. Nur durch die Umstrukturierung der Wirtschaft zu einer sozialistischen Planwirtschaft glaubte man einen neuen Faschismus verhindern zu können. Viktor Agartz, der auf dem ersten Parteitag 1946 die wirtschaftspolitische Führung übernahm, plädierte für die Enteignung bestimmter Industrien (aber nicht für ihre Verstaatlichung im Interesse einer Partei, wie vom Leninismus gefordert) und einen starken Staat als lenkende Institution. Gegen diese anfangs vorherrschende Meinung setzten sich gegen Ende der 40er Jahre die freiheitlichen Sozialisten durch, die Sozialismus nicht mit Sozialisierung gleichsetzten, aber noch mehr auf eine staatliche Lenkung vertrauten. Andererseits sahen sie auch die Notwendigkeit des Wettbewerbs und legten den Schwerpunkt auf genossenschaftliche Produktions- und Besitzformen. Auf dem zweiten Parteitag 1948 verdrängte der freiheitliche Rudolf Zorn Agartz von der wirtschaftspolitischen Wortführerschaft.

Nach 1945 hofften viele europäische Völker auf den Sozialismus, auch in der deutschen CDU gab es einen sozialistischen Flügel. Noch 1945/6 erschien deshalb der Sozialismus auch in Westeuropa als Alternative zum kapitalistischen System. Erst der durch den staatlichen Dirigismus verursachte Hungerwinter 1946/7 brachte die Wende, hinzu kam der immer stärkere Wunsch nach Abgrenzung von der kommunistischen UDSSR und den Staaten des entstehenden Ostblocks. Besonders in der 1947 gegründeten Bizone setzten die gegenüber der britischen Labour-Regierung dominanten USA ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen durch, obwohl das Zentralamt für Wirtschaft der Bizone (das später in einen Wirtschaftsrat mit gewählten Direktoren umgewandelt wurde) zu Beginn unter der Leitung von Viktor Agartz stand. Auch viele Landesregierungen wurden noch von großen Koalitionen gebildet, in denen sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker ihren Einfluß geltend machen konnten. Allerdings wurden Schumachers Hoffnungen auf eine Unterstützung der deutschen Sozialdemokraten durch Labour enttäuscht, der rechte Flügel der CDU und die unternehmerfreundliche FDP setzten sich durch. Die seit dem Februar 1947 tagende SPD-Kommission für Sozialisierung (Eisen, Chemie, Stahl, Kohle und Bankensektor) konnten ihre Vorschläge nicht als politische Direktive durchbringen, auch ein neuer Anlauf Konrad Deists 1953 scheiterte. Damit war das Ende der Sozialisierungsinitiativen gekommen. Einige parlamentarische Vorstöße in diese Richtung waren jeweils am Veto der Alliierten gescheitert.

Auf die Konfrontation mit dem bürgerlichen Lager und den Verlust des Wirtschaftsamtes im Juni 1947 reagierte Schumacher mit einem politischen Amoklauf und der Ablehnung sämtlicher Ämter. Zu dieser Zeit entstand auch der politische Gegensatz von SPD und CDU, zumal der linke Flügel der Christdemokraten von Adenauer geschickt entmachtet wurde. Schumacher setzte auf eine Profilierung in der Opposition, wodurch der Weg frei wurde für die wirtschaftspolitischen Thesen von Ludwig Erhard. Im Parlamentarischen Rat verzichtete die SPD – wie bereits erwähnt – sogar auf wirtschaftspolitische Akzente, da sie das Grundgesetz nur als Provisorium betrachtete und noch immer mit einem Sieg bei den Bundestagswahlen rechnete. In den ersten Jahren der Bundesrepublik gab es zwei grundsätzliche und gegensätzliche wirtschaftspolitische Entscheidungen: dem Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben der Montanunion (1951) stand das unternehmerfreundliche Betriebsverfassungsgesetz (1952) gegenüber. Damit war die Sozialdemokratie in den Gründungsjahren einer neuen politischen Kultur mit ihrem wichtigsten Programmpunkt, der Sozialisierung, gründlich gescheitert. Mit ihrer Abgrenzung vom Staatskommunismus einerseits und dem Monopolkapitalismus amerikanischer Prägung andererseits hatte die SPD eine eigenständige Position in Europa und verfolgte dementsprechend auch einen dritten, europäischen Weg zwischen UDSSR und USA. Diese Linie wollte Schumacher vor allem durch die Einbindung der deutschen Sozialdemokraten in die Sozialistische Internationale unterstreichen, die ihm 1947 in Antwerpen gelang. 1951 konnte er als Gastgeber den Kongreß der Internationale in Frankfurt am Main eröffnen.

#### 5.4 Die politische Entwicklung seit 1948

Mit der Gründung der britisch-amerikanischen Bizone im Januar 1947, dem Anlaufen des Marshallplans im Sommer 1947 und der letzten Außenministerkonferenz der vier Siegermächte Ende 1947 war die Gefahr einer dauerhaften deutschen Teilung immer deutlicher geworden. Die Londoner Konferenzen der Westmächte endeten mit dem Beschluß einer Währungsreform in den Westzonen, worauf die UDSSR mit der Blockade Berlins reagierte. Daraufhin beschlossen die Westalliierten in den Frankfurter Dokumenten im Juni/Juli 1948 die Gründung eines gemeinsamen Weststaates. Die politische Entwicklung lief demnach gegen die Idee einer Wiedervereinigung, die auch Kurt Schumacher energisch vertrat. Allerdings glaubte auch er an die „Magnettheorie“, nach der ein wirtschaftlich und militärisch starker Westen den Osten vom demokratischen Weg überzeugen könne. Deshalb gab es in der SPD auch keine grundsätzliche Opposition gegen den Weststaat, wenn auch die Bundesrepublik regelmäßig als Provisorium bezeichnet wurde. Auch in den Begriffen schlug sich diese Haltung nieder: Nicht eine Nationalversammlung tagte, sondern ein Parlamentarischer Rat, keine Verfassung wurde beschlossen, sondern ein Grundgesetz, die SPD residierte nicht in einer Zentrale, sondern in Baracken in Bonn. Erst zum Schluß der Verhandlungen machte Schumacher seinen Einfluß geltend, um bestimmte Inhalte im Grundgesetz zu verankern.

Bei der folgenden ersten Bundestagswahl siegte die CDU/CSU knapp mit 31,0% vor der SPD mit 29,2%. Für die siegessicheren Sozialdemokraten war dieses Ergebnis trotz der ernüchternden vorangehenden Wahlen ein erneuter Schock. Während sie politisch gelähmt waren, handelte Adenauer: Er setzte Theodor Heuss (FDP) als Bundespräsidenten durch, erreichte die Entscheidung für Bonn als Bundeshauptstadt und bildete eine bürgerliche Regierungskoalition mit sich selbst als Kanzler. Im Namen der hilflosen SPD hielt Schumacher dem Kanzler nach dessen Regierungserklärung vor, die Bundesrepublik drohe ein autoritärer Besitzverteidigungsstaat zu werden. Ebenso wie Fritz Erler wollte er mit der Sozialdemokratie gegen den Strom schwimmen und nicht – wie in Weimar – sich in nutzloser Toleranz üben.

#### 6 Opposition und Alternativen zur Politik Adenauers (1949–1966)

Die politischen Initiativen Adenauers lagen eindeutig im Bereich der Außenpolitik. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt schloß er im Alleingang das umstrittene Petersberger Abkommen mit den Hohen Kommissaren der Alliierten, mit dem die Bundesrepublik eine Reihe von „Vorleistungen“ erbrachte. Die Strategie des Bundeskanzlers beruhte auf Vorleistungen, die dem neuen Staat das Wohlwollen seiner Nachbarn (und der Alliierten) sichern und so mit der Zeit zur Souveränität führen sollten. Wegen dieser als Preisgabe deutscher Interessen empfundenen Politik, aber auch wegen seiner eigenmächtigen Aktionen an Parlament und Kabinett vorbei wurde Adenauer auch von Parteifreunden kritisiert. Kurt Schumacher nannte den Kanzler in einer hitzigen Debatte sogar einen „Bundeskanzler der Alliierten“. Der SPD-Vorsitzende beharrte auf der Gleichberechtigung der Bundesrepublik in allen Verhandlungen und lehnte deshalb mehrere von Adenauer betriebene

Projekte ab (1950 die Aufnahme der BRD in den Europarat, 1951 die Montanunion und den Schuman-Plan).

Nach Ausbruch des Koreokrieges bot Adenauer den Westmächten im August 1950 die deutsche Wiederbewaffnung gegen die „kommunistische Bedrohung“ an, ohne sein eigenes Kabinett zu konsultieren. Währenddessen kämpfte Schumacher noch für die Wiedervereinigung, 1952 verlangte er eine offizielle Reaktion auf die Stalin-Noten, in denen der sowjetische Diktator ein vereinigt, neutrales Deutschland anbot. Adenauer ignorierte diese Noten, da er um sein Ziel einer westlich integrierten Bundesrepublik fürchtete. Die Bundestagswahl 1953 bestätigte Adenauers Linie: Die CDU/CSU konnte sich auf 45% steigern, während die SPD bei 29% verharrte. Sowohl das politische als auch das ökonomische Klima im beginnenden Wirtschaftswunder waren gegen die SPD. Auch die Verunsicherung wegen der raschen Aufgabe des Saarlands durch Adenauer (die durch eine Volksabstimmung verhindert wurde) konnte der Sozialdemokratie nur auf kommunaler Ebene nutzen (in Köln stellte sie ab 1956 mit Theo Burauen den Oberbürgermeister). Die Bundesmacht von Adenauer war dagegen nicht zu erschüttern, 1957 gelang ihm mit 50,2% die absolute Mehrheit, die SPD stiegerte sich lediglich auf 32%, obwohl ihr Konkurrent, die KPD, mittlerweile verboten worden war.

Angesichts ihrer pralamentarischen Machtlosigkeit versuchte die SPD sich in außerparlamentarischer Arbeit und mit Themen, die Adenauer vernachlässigte. Im Januar 1955 versammelten sich führende Sozialdemokraten in der Frankfurter Paulskirche und gaben ein „Deutsches Manifest“ gegen die militärische Blockbildung und für neue Verhandlungen über Deutschland heraus. Angesichts der nach dem Tod Stalins gewandelten Stimmung in der Führung der UDSSR und dem Staatsvertrag mit Österreich schien diese Initiative erfolversprechend. Auch die Genfer Konferenz der Alliierten schürte die Hoffnung auf einer Wiedervereinigung. Tatsächlich war die Blockbildung 1955 nach dem Beitritt der BRD zur NATO und der DDR zum Warschauer Pakt bereits abgeschlossen, kurz darauf begann auch der Aufbau der Bundeswehr mit Zustimmung der SPD. Die aggressiv vorgetragene Forderung des Verteidigungsministers Franz-Josef Strauß (CSU), die neue deutsche Armee auch mit Nuklearwaffen auszustatten, sorgte allerdings für starken Widerstand. 18 berühmte Atomphysiker sprachen sich in der „Göttinger Erklärung“ gegen eine atomare Bewaffnung aus, die außerparlamentarische Kampagne „Kampf dem Atomtod“ fand großen Anklang. Die SPD-regierten Länder und Kommunen initiierten sogar eine Volksbefragung zum Thema, die Adenauer durch das Bundesverfassungsgericht unterbinden ließ. Aber auch die populäre Anti-Atom-Kampagne konnte die politischen Mehrheiten nicht verändern.

Schließlich verabschiedete die Sozialdemokratie 1959 in Bad Godesberg ein neues Parteiprogramm, das die Nachkriegsentwicklung zusammenfaßte und sich endgültig vom Marxismus lossagte. Das mit 13 Druckseiten sehr knappe Werk enthielt einen geradezu lyrischen Vorspann, in dem der „Widerspruch unserer Zeit“ zwischen dem „Chaos der Selbstvernichtung“ und der „Hoffnung auf eine bessere Zeit“ beschrieben wurde. Eine neue und bessere Ordnung sollte durch den demokratischen Sozialismus ermöglicht werden. Das Programm grenzte sich ab vom früheren Dogmatismus und

berief sich auf die christliche Ethik, die klassische Philosophie und den Humanismus; der Marxismus blieb unerwähnt. Trotz dieser Akzentuierung war Godesberg, wie gesagt, das Resümee einer Entwicklung, das Bekenntnis zur Demokratie und die Öffnung für alle Wählerschichten hatte sich bereits in den Jahren zuvor durchgesetzt. Auch die Schwellenängste zwischen der SPD und den Kirchen waren abgebaut worden. Wirklich neu waren nur das Bekenntnis zur Landesverteidigung (neben der Forderung nach Abrüstung und der Bildung einer internationalen Rechtsmacht) und die Zustimmung zur sozialen Marktwirtschaft. Godesberg zeitigte rasch Ergebnisse im politischen Verhalten der SPD: 1959 war das letzte Jahr der „Deutschlandpläne“ (die allerdings zeitgleich auch von der FDP und dem amerikanischen Außenminister entwickelt wurden). Herbert Wehner übernahm die Führung in der SPD-Bundestagsfraktion und brachte sie als „Zuchtmeister“ auf Adenauers Kurs der Westintegration.

### **7 Regierungspartei der Bundesrepublik (1966–1982)**

Neben der Arbeit Wehners hatte auch der Politikwechsel in den USA 1959 nach die Wahl John F. Kennedys zum Präsidenten Auswirkungen auf die politische Situation der Sozialdemokraten. Die SPD nominierte mit Willy Brandt, dem erfolgreichen Bürgermeister von West-Berlin, erstmals einen Kanzlerkandidaten, der wie Kennedy in Amerika symbolhaft für die Verjüngung der Politik stehen sollte. Brandt, erreichte in der Bundestagswahl 1961 einen beachtlichen Zuwachs, dem 1966 ein verhältnismäßig kleiner Stimmengewinn folgte. Die Erfahrung, nicht völlig hilflos gegenüber der CDU-Vormachtstellung zu sein („Genosse Trend“), beflügelte die SPD und machte sie empfänglich für Wehners Werben um eine große Koalition. Der in Godesberg besiegelte Umschwung der SPD und die Anerkennung der Grundtatsachen bundesdeutscher Politik nach Adenauer erleichterte Wehners Arbeit. Auch die grundlegende Reform der Parteiorganisation 1958 (leitende Funktionäre wurden nicht mehr von der Partei besoldet, sondern finanzierten sich über Mandate) unterstützte die „Parlamentarisierung“ der Partei, d.h. ihre Orientierung an der Mitarbeit in parlamentarischen Gremien und letztlich Regierungen. Allerdings gab es trotz der straffen Führung durch den nach seinen Moskauer Erfahrungen völlig unideologischen Strategen noch starke Widerstände gegen ein Bündnis mit den als „Klassengegnern“ betrachteten bürgerlichen Christdemokraten.

Der Weg zu einer großen Koalition führte über Geheimgespräche, die bereits seit 1962 unter der Führung Wehners und des Unionspolitikers Paul Lücke stattfanden. Die Spiegel-Affäre war ausschlaggebend für das Ende der Regierung Adenauer, kurz nach dem Rücktritt von Franz Josef Strauß (CSU) als Verteidigungsminister mußte auch Konrad Adenauer seinen Posten 1963 auf Druck seiner eigenen Partei aufgeben. Kanzler und Parteivorsitzender wurde der populäre Ludwig Erhard, dessen Kanzlerschaft Adenauer bis zuletzt zu verhindern versucht hatte. Erhard errang bei der Bundestagswahl 1965 erneut eine bürgerliche Mehrheit, zeigte sich aber während der leichten Konjunkturkrise 1966 überfordert und wurde von der eigenen Partei fallengelassen. Als Signal für die lange geplante große Koalition hatte sich im Sommer 1966 in Nordrhein-Westfalen eine sozialliberale

Koalition unter Heinz Kühnen (SPD) gebildet. Nun folgte die Regierungsbeteiligung auf Bundesebene: In einer großen Koalition unter dem Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) stellte die SPD den Außenminister und Vizekanzler Willy Brandt, den Wirtschaftsminister Karl Schiller und den Justizminister Gustav Heinemann. Der Eintritt in diese Regierung war vor allem unter jüngeren Sozialdemokraten, die die politische Programmatik über die „Fleischtöpfe der Macht“ stellten, sehr umstritten. Allerdings gelang es den sozialdemokratischen Ministern wie erhofft, in ihren Ressorts grundlegende Änderungen einzuleiten. Brandt leitete als Außenminister die spätere erfolgreiche neue Ostpolitik ein und wandte sich vorsichtig von der Hallstein-Doktrin ab. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Bundesrepublik konsequent die diplomatischen Beziehungen zu jedem Land abgebrochen, das Beziehungen zur DDR aufnahm. Der Volkswirtschaftler Schiller arbeitete dank seines selbstdarstellerischen Talents sehr öffentlichkeitswirksam: Er prägte den Begriff der „konzertierten Aktion“ aller Tarifparteien und formulierte ein Haushaltsstabilitätsgesetz, das jede Regierung zu einem ausgeglichenen Haushalt verpflichtete. Heinemann setzte als Justizminister grundlegende Reformen in der Rechtsprechung und im Strafvollzug durch. Erstaunlich gut war auch das Zusammenspiel der Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt (SPD) und Rainer Barzel (CDU), sowie des Wirtschaftsministers mit dem Finanzminister Srauß, der seine Rückkehr ins Kabinett durchgesetzt hatte. Die Regierung Kiesinger hatte sich zwei große Projekte vorgenommen, von denen nur das erste gelang. Die Verabschiedung von Notstandsgesetzen 1968, die bestimmte Grundrechte einschränkten und im Verteidigungsfall gelten sollten, führte zu einer breiten Widerstandsbewegung in der Bevölkerung (APO), obwohl sie unter Heinemanns Einfluß relativ liberal ausfielen. Die Wahlrechtsreform konnte nicht mehr in Angriff genommen werden, da die Bundestagswahl 1969 auch das Ende der großen Koalition bedeutete.

Im April 1969 war Gustav Heinemann als Kandidat der SPD im dritten Wahlgang mit den Stimmen der FDP zum Bundespräsidenten gewählt worden, was er mit den Worten „Das war ein Stück Machtwechsel“ kommentierte. Im folgenden Bundestagswahlkampf errang Willy Brandt als Kandidat die Sympathien der Mittelschicht und vor allem der Intelligenz. Die Sozialdemokratische Wählerinitiative unter Führung des Schriftstellers Günter Grass bestand aus wenigen (parteilosen) Mitgliedern, hatte aber eine enorme Außenwirkung. Erstmals bekannten sich Wähler offen zu einer Partei und vor allem zur Person von Willy Brandt. Das Ergebnis der Wahl (SPD 42,7%, CDU/CSU 46,1%) war für die Sozialdemokraten erfreulich, aber nicht triumphal. Sensationell war dagegen der gemeinsame Auftritt von Brandt und Walter Scheel, dem Vorsitzenden der FDP, die am Wahlabend die Bildung einer sozialliberalen Koalition verkündeten. Dieser Überraschungscoup gegen den eigentlichen Wahlsieger, der allein fast gleichauf mit der Koalition lag, war äußerst mutig und riskant. Die Union hielt diesen Machtwechsel für illegitim und erkannte ihre Oppositionsrolle lange nicht an.

Im Zentrum der neuen Regierungspolitik unter Bundeskanzler Brandt standen die Außen- und die Deutschlandpolitik. Kurz nach der Wahl kam es zu einer ersten Begegnung Brandts mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Willy Stoph, in Erfurt und später zu einem Gegenbesuch Stophs in Kassel. Die Gespräche zeigten, daß die politischen Vorstellungen zu verschieden für einen Konsens waren. Eine große Leistung Brandts lag darin, dieses Problem zu erkennen und zu umgehen: Über

einen Nichtsangriffspakt mit Moskau, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in Polen und einen Grenzvertrag mit der Tschechoslowakei bereitete er den Weg für eine Berlin-Konferenz der vier Alliierten. Deren Berlin-Abkommen 1971 enthielt auch den Auftrag an die deutschen Regierungen, einen Verkehrsvertrag auszuhandeln, der westdeutschen Bürgern den Zugang nach Berlin garantieren sollte. Dieser Grundlagenvertrag wurde 1972 geschlossen und 1973 vom Bundestag ratifiziert. Für seine Ostpolitik hatte Brandt im November 1971 den Friedensnobelpreis erhalten. Das Komitee honorierte damit die Verdienste des Bundeskanzlers um den Weltfrieden.

Trotz dieser internationalen Unterstützung war der Grundlagenvertrag mit Ost-Berlin im Bundestag umstritten, die sozialliberale Regierungsmehrheit bröckelte, so daß die CDU-Opposition im April ihre Chance für ein konstruktives Mißtrauensvotum gekommen sah. Die Wahl Rainer Barzels zum neuen Kanzler scheiterte trotz einer rechnerischen Mehrheit aus ungeklärten Gründen, einen Tag später scheiterte die Regierung Brandt ebenfalls mit ihrem Haushaltsentwurf. Man einigte sich auf vorgezogene Neuwahlen im November 1972, die einen sensationellen Sieg der SPD brachten. Mit 45,8% der Stimmen ließ sie die CDU/CSU (44,9%) hinter sich und stellte mit Annemarie Renger erstmals die Bundestagspräsidentin. Nach diesem Erfolg fielen die Sozialdemokraten und Kanzler Brandt in eine merkwürdige Inaktivität, deren Gründe in einer Mischung aus persönlichen Problemen und Illoyalitäten lagen. Der Fraktionsvorsitzende Wehner äußerte sich ausgerechnet in Moskau abfällig über den Kanzler („Der Herr badet gerne lau.“), der Wirtschafts- und Finanzminister Schiller war bereits im Juli 1972 überraschend zurückgetreten. Zu diesen inneren Problemen kam im Herbst 1973 die weltweite Ölkrise. Als die Regierung bereits wieder Tritt gefaßt hatte, brachte die Kandidatur Scheels, der eine wichtige Stütze der Koalition bildete, für das Amt des Bundespräsidenten und die Enttarnung des DDR-Spions Günther Guillaume im Kanzleramt Brandt schließlich zu Fall. Ihm wurde später der Vorwurf gemacht, die Chancen des Wahlsiegs nicht genutzt und zu wenig Führungsstärke gezeigt zu haben.

Gerade in diesen Punkten unterschied sich sein Nachfolger Helmut Schmidt vom Volkstribunen Brandt. Der Volkswirtschaftler und frühere Innensenator von Hamburg meisterte die politischen Herausforderungen seiner Amtszeit mit Zähigkeit und Durchsetzungskraft, entfernte sich dabei aber zunehmend von seiner Partei. Neben dem Terrorismus im „Deutschen Herbst“ 1977 war das vor allem die Weltwirtschaft nach der Ölkrise. Schmidt profilierte sich als Weltökonom und initiierte die Gipfeltreffen der mächtigsten Industriestaaten (G7). Auf europäischer Ebene setzte er 1979 die Direktwahl des europäischen Parlaments durch, das bis heute hauptsächlich durch seine fehlenden Kompetenzen auffällt. Außenpolitisch läutete er eine neue konfrontative Phase im Ost-West-Konflikt ein, als er auf eine russische Raketenentwicklung mit der Stationierung amerikanischer Pershing II-Raketen reagierte. Die sich gegen diese Beschlüsse formierende Friedensbewegung erhielt breiten Zulauf und zeigte, daß Schmidt die Stimmung falsch eingeschätzt hatte. Noch stärker vernachlässigte er die Meinungsbildung in der eigenen Partei. Auch der loyale Parteivorsitzende Brandt konnte schmerzhaft Niederlagen Schmidts auf Parteitag nicht verhindern. Zum erzwungenen Rücktritt Schmidts führte allerdings die Entfremdung vom Koalitionspartner FDP, der einem Mißtrauensvotum der CDU 1982 zum Erfolg und Helmut Kohl zur Kanzlerschaft verhalf.

Seit Ende der 50er Jahre bis zum Ende der 70er hatte sich die SPD in einem kontinuierlichen Aufwind befunden. Ab 1969 traten jährlich bis zu 100.000 Bürger in die Partei ein, 1976 hatte sich über eine Million Mitglieder. In der Folge waren bereits 1973 zwei Drittel der Mitglieder erst seit 1965 in der Partei aktiv. Die neue Struktur war durch drei Veränderungen gekennzeichnet:

- Statt der Arbeiter waren nun die neuen Mittelschichten (Angestellte) in der Mehrheit (34% in der SPD gegenüber 23% in der Gesamtbevölkerung)
- Akademiker strömten überproportional zu den Sozialdemokraten (15% in der SPD gegenüber 8% in der Gesamtbevölkerung)
- Verjüngung: 1977 waren 30% der Sozialdemokraten jünger als 34 und 41% jünger als 44 Jahre.
- Auch die Abschaffung der Hauskassierer, die bisher den personalen Bezug sichergestellt hatten, änderte das Verhältnis der Partei zu ihren Mitgliedern.

Das Ende dieser Hochzeit der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik ist zweifach zu datieren. Der Abstieg begann bereits Mitte der 70er Jahre, als die SPD in mehreren Landtagswahlen und in den Bundestagswahlen 1976 trotz einer stabilen Regierung Schmidt sehr schlecht abschnitt. Der Trend arbeitete nun gegen sie, die Union bekam dagegen erneut Zulauf vor allem von jungen Leuten. Die Kandidatur Franz Josef Strauß' bei den nächsten Wahlen 1980 war bezeichnend, verhinderte allerdings auch den Sieg der Christdemokraten. Der CSU-Vorsitzende war auch einigen Konservativen zu rechts, vor allem aber bewirkte sein Auftritt noch einmal eine Stärkung und Sammlung der linken Kräfte. 1982 schließlich kam es zur berühmten „Wende“, als der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl durch ein konstruktives Mißtrauensvotum mit den Stimmen der FDP zum Kanzler gewählt wurde. Das folgende christlich-liberale Kabinett folgte, was zehn Jahre zuvor noch undenkbar gewesen wäre, außenpolitisch weiterhin die Linien der Brandt'schen Ostpolitik. Auf diesem Feld hatten sich sozialdemokratische Vorstellungen durchgesetzt. Bundeskanzler Schmidt fehlte nicht nur die eindeutige Unterstützung seiner Partei, er war auch am Auftauchen neuer politischer Strömungen, die der SPD Wählerpotential entzogen, gescheitert. Die Grünen formierten sich Anfang der 80er Jahre aus Protest gegen die einseitig unternehmerfreundliche und unökologische Wirtschaftspolitik der Regierung und gegen Schmidts Nachrüstungspolitik im Ost-West-Konflikt.

Vor allem der relativ glücklose Umgang mit den Jugendorganisationen hatte der SPD diese politische Niederlage beschert. Nachdem die SPD-nahen Studentenorganisationen sich als zu radikal erwiesen hatten, konzentrierte man sich auf die Jungsozialisten (Jusos). Aber auch hier stieß die Politik der Führungsspitze auf Widerstand: auf einem Bundeskongreß der Jusos wurde der Vertreter des Vorstandes, Hans-Jürgen Wischniewski, ausgepiffen und die Brandt-Regierung scharf kritisiert: Sie sei zu bürgerlich und vernachlässige den Klassenkampf. Die Delegierten forderten ein imperatives Mandat, d.h. die Bindung der Abgeordneten an einen konkreten Wählerauftrag und eine Doppelstrategie von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit. Auch in der Ostpolitik drängten

sie auf weitergehende Entspannung, veranstalteten mehrere Treffen mit Vertretern der FDJ und nahmen an den Weltjugendfestspielen des Ostblocks teil. Die Form der politischen Auseinandersetzung änderte sich und nahm die Gestalt eines „Klassenkampfes“ zwischen den Generationen an. Von dieser scharfen Frontstellung von alten und jungen Sozialdemokraten profitierten die Grünen in ihren Anfangsjahren als linksalternative Partei.

## 8 „Sozialdemokratismus“ in Deutschland und Europa

Schon 1947 hatte die SPD auf ihrem Parteitag in Nürnberg mehrere Richtlinien für den Aufbau der deutschen Republik formuliert. Sie forderte, die Möglichkeit einer Zugehörigkeit Deutschlands zu einem europäischen Staatenbund und die Übertragung von Hoheitsrechten an internationale Organisationen in der Verfassung zu verankern. Weiterhin wurden Stabilität (mit dem Grundsatz des konstruktiven Mißtrauensvotums) und die finanzielle Eigenständigkeit der Länder betont. Krieg dürfe kein Mittel der Politik sein, sondern sollte in der Verfassung geächtet werden. Auf der Grundlage dieser Vorgaben entwickelte sich auch bei den Sozialdemokraten ein spezifisch westdeutsches nationales Sondergefühl, das Kurt Schumacher besonders verkörperte. Trotz seines nationalen Vorbehaltes, der die Hoffnung auf Wiedervereinigung nie aufgab, glaubte er an die „Magnetwirkung“ einer starken westdeutschen Wirtschaft, die den Osten vom demokratischen Weg überzeugen sollte. Nach Schumachers Tod lag die deutschlandpolitische Initiative vor allem bei der SED, während die westdeutsche Regierung unter Adenauer mit der Hallstein-Doktrin mauerte.

Die neue Ostpolitik Brandts und seines Beraters Egon Bahr war vor allem durch die Einsicht geprägt, daß die Nachkriegswelt nur durch Kooperation zu gestalten sei. Nach dem Vorbild Kennedys und Chruschtschows, die zwei Wochen lang im amerikanischen Camp David diskutiert hatten, setzten die SPD-Politiker seit 1962 auf „Wandel durch Annäherung“. Ein 1966 begonnener Briefwechsel von SPD und SED, der zum Austausch von Rednern führen sollte, scheiterte zwar am KPD-Verbot in der Bundesrepublik (den kommunistischen Rednern drohte Gefängnis), verdeutlichte aber das gewandelte Klima. Vom Osten kamen weiterhin vernünftig klingende Vorschläge, aber erst der Kanzler Brandt konnte angemessen darauf reagieren und sich offiziell mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Willy Stoph, treffen. Nach diesem Befreiungsschlag 1970 folgte eine längere politische Flaute, die zum Umweg über eine alliierte Berlin-Konferenz und schließlich 1972 zum Grundlagenvertrag mit der DDR führte. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989/90 wurde der Sozialdemokratie oft vorgeworfen, durch ihre Annäherung und Anerkennung das Siechtum eines an sich todgeweihten Systems unnötig verlängert zu haben. Schon die Ausbürgerung von Wolf Biermann 1976 und der folgende Protest der kommunistischen Intelligenz in der DDR habe das Ende des ostdeutschen Staates besiegelt. Andererseits war der staatliche Durchbruch auch der Beginn einer zaghaften Annäherung auf privater Ebene. Obwohl Kanzler Schmidt sich erst 1981 zu einem Besuch in der DDR durchringen konnte, besuchten Westdeutsche in den 70er Jahren zunehmend die DDR und knüpften Kontakte.

Nachdem der staatliche Dialog durch die Wende noch stärker eingeschränkt war, verlegten die Gesprächspartner beider Seiten die Kommunikation 1984 auf die Parteebene. Innerhalb der SPD gab es weniger Vorbehalte als in der offiziellen Politik, so daß die Konzepte einer Sicherheitspartnerschaft in Mitteleuropa und einer „Kultur des Streites“ über die gegensätzlichen Standpunkte entwickelt werden konnten. Parallel dazu setzten sich im Osten wie im Westen dem Ende der sozialdemokratischen Regierung die Grundlinien der Entspannungspolitik durch. Auch der Ostblock betrachtete den Westen nicht mehr pauschal als „Klassenfeind“, sondern erkannte ihn als Gesprächspartner an. Die Zuwendung der kommunistischen Parteien Osteuropas zur Sozialdemokratie wird als „Sozialdemokratismus“ bezeichnet. Schon 1985 lud der neue Generalsekretär des Zentralkomitees der KPDSU, Michail Gorbatschow, Willy Brandt zu einem Gespräch nach Moskau und zeigte sich lernbereit. Er hoffte auf die Unterstützung der westeuropäischen Sozialdemokratie beim Weg aus der ideologischen Sackgasse des Ostblocks. Das langfristige Konzept eines Nebeneinanders der Systeme, die nur noch argumentative Konflikte austrügen, wurde durch den Zusammenbruch des Kommunismus allerdings obsolet.

Die Wirkungen der Sozialdemokratie für das politische System in Deutschland sind vielfältig. 1918 stand die SPD für die Republikanisierung und die Verwirklichung einer sozialen Demokratie, von Anfang an trat sie auch für die politische Gleichberechtigung der Frauen ein. Außerdem kann sie auf eine antifaschistische und internationalistische Tradition zurückblicken, die ihr letztlich Mitte der 60er Jahre zur Regierungsbeteiligung verhalf. Gegenüber den totalitären Herausforderungen dieses Jahrhunderts blieb die SPD allerdings die Partei einer demokratischen Minderheit, weder unter Hitler noch unter Stalin konnte sie eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich bringen. Die Wandlungen in ihrer Mitgliederstruktur während der Weimarer Republik, aber vor allem seit den 60er Jahren haben die älteste deutsche Partei fundamental verändert und sie von einer Klientel- zu einer Volkspartei gemacht. Trotzdem sieht der Soziologe Ralf Dahrendorf das „Ende des sozialdemokratischen Zeitalters“ (Aufsatztitel) gekommen: Die wichtigsten Ziele der Sozialdemokratie seien erreicht, die heutigen Sozialdemokraten hätten andere Aufgaben als den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Das Geheimnis des SPD-Erfolgs, ihre schlagkräftige Organisation, scheint an Glanz verloren zu haben, wie alle anderen Parteien leidet die „alte Tante“ am Desinteresse der Bürger. Obwohl Politik heute in Deutschland untrennbar mit Parteien verknüpft ist, stellt sich die Frage nach der Zukunft von parteilich organisierter Politik im nächsten Jahrhundert.

## 9 Einzelne Sozialdemokraten

**Bernstein, Eduard (1850–1932)** war der Sohn eines jüdischen Eisenbahners. Er absolvierte eine Bankkauflehre und trat 1872 in die SPD ein. Nach einer aktiven Teilnahme am Vereinigungsparteitag in Gotha mußte er für längere Zeit ins Exil gehen. Von der Schweiz und von England aus publizierte er gemeinsam mit Karl Kautsky und stand in engem Kontakt mit Friedrich Engels und den englischen Sozialisten (Fabian-Society). Ihre unideologische Sichtweise prägte ihn stark. Zurück in Deutschland, eroberte er ein Reichstagsmandat, das er mit

kurzen Unterbrechungen bis 1928 behielt. Kurz nach Kriegsausbruch formulierte er 1915 eine Denkschrift gegen den Kriegsnationalismus und trat aus Protest gegen die kriegsbejahende Haltung der Mehrheits-SPD der USPD (bis 1920) bei.

**Brandt, Willy (1913–1990)** war der Sohn einer alleinstehenden Verkäuferin aus dem sozialdemokratischen Milieu. Er wurde als Herbert Frahm von seiner Mutter und seinem Großvater, einem LKW-Fahrer und Sozialdemokraten, erzogen und wuchs in einer sozialdemokratischen Jugendkultur auf. Als begabter Schüler erhielt er ein Stipendium für ein bürgerliches Gymnasium in seiner Heimatstadt. Gegen Ende der Weimarer Republik schloß er sich einer linkssozialistischen Splitterpartei an, war 1933 kurz im Widerstand und floh dann nach Dänemark, wo er der Exilorganisation seiner Partei angehörte. 1937 kämpfte er im spanischen Bürgerkrieg, 1938 wurde er vom dem Deutschen Reich ausgebürgert und nahm die norwegische Staatsbürgerschaft an. Seine Verhaftung durch die Wehrmacht überstand er unter einem Decknamen unbeschadet. In Stockholm organisierte er die „kleine“ Internationale mit, nach 1945 arbeitete er als norwegischer Korrespondent in Berlin. Schließlich entschied er sich für die Politik und wurde von Ernst Reuter, dem SPD-Bürgermeister von Westberlin gefördert. 1957 wurde er selbst Berliner Bürgermeister und erlangte während der Berlinkrise 1958 weltweite Aufmerksamkeit. 1960 machte ihn seine Partei zum Kanzlerkandidaten, 1966 wurde er in der großen Koalition Außenminister, 1969 schließlich Kanzler einer sozialliberalen Regierung. Von 1964 bis 1987 war er Parteivorsitzender, nach dem Ende seiner Regierungszeit übernahm er auch eine führende Rolle in der sozialistischen Internationalen, deren Vorsitzender er 1976 wurde. Er arbeitete an der Überwindung des Faschismus in Spanien und Portugal mit, ließ sich ins Europäische Parlament wählen und wurde 1990 Alterspräsident des Bundestages. 1991 brachte er den Antrag für die Bundeshauptstadt Berlin ein.

**Ebert, Friedrich (1871–1925)** wurde in Heidelberg als siebtes Kind eines Schneiders geboren. Er absolvierte eine Sattlerlehre, scheiterte als selbständiger Sattler und eröffnete eine Gastwirtschaft in Bremen. Dort entdeckte er sein publizistisches Talent und wurde Redakteur einer SPD-Parteizeitung. Seit 1900 war er besoldeter Arbeitersekretär, später auch Mitglied der Bremer Bürgerschaft. Durch sein Organisationstalent empfahl er sich der Parteiführung und wurde 1905 zum Sekretär des Parteivorstands in Berlin berufen. Der Mitgliederzuwachs der SPD in den folgenden Jahren war auch seiner erfolgreichen Parteiarbeit zu verdanken. Ab 1912 war er Mitglied des Reichstages und rückte 1913 nach August Bebel in den Parteivorstand auf. Während des Krieges suchte er als einer der führenden Sozialdemokraten nach einer Friedenslösung und organisierte den Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918. Am 9. November 1918 erhielt er den Auftrag zur Regierungsbildung, den einen Tag später an den „Rat der Volksbeauftragten“ übergab. Ebert forderte die Einsetzung einer Nationalversammlung, weil er die Räterepublik für unrealistisch hielt, und setzte sich durch. Die Nationalversammlung in Weimar wählte ihn am 11. Februar 1919 zum Reichspräsidenten und damit zum Nachfolger des Kaiser Wilhelm II. Die rechte Presse attackierte den Sattlergesellen im höchsten Staatsamt massiv (Dolchstoßlegende) und erreichte 1924 eine Verurteilung Eberts wegen seiner Beteiligung am Streik von 1918. Angesichts dieser Anwürfe resignierte Ebert und starb

im Februar 1925 an einer zu spät erkannten Blinddarmentzündung. Er wurde in Heidelberg beerdigt. Aus seiner Ehe mit der Arbeiterin Luise Rump stammten fünf Kinder. Zwei der Söhne starben im Ersten Weltkrieg, die beiden anderen wurden ebenfalls Politiker: Der eine nach 1945 Oberbürgermeister von Ost-Berlin, der andere Landtagsabgeordneter in Stuttgart.

**Görlinger, Robert (1888–1954)** stammte aus einer Arbeiterfamilie im Saarland. Ab 1905 hatte er verschiedene Jobs in Köln, wurde Metallarbeiter und trat 1909 in die SPD ein, parallel zu seinem Austritt aus der katholischen Kirche. Im Krieg wurde er mehrfach verwundet, während seiner Zeit im Lazarett in München bemühte er sich in der Universitätsbibliothek um Fortbildung. In Berlin war er Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates bis er nach Köln zurückkehrte, wo man ihn 1919 in den Stadtrat wählte. 1925 übernahm er den SPD-Fraktionsvorsitz, 1929 war er erfolgloser Gegenkandidat von Konrad Adenauer für das Amt des Oberbürgermeisters. Seit 1923 organisierte er auf kommunaler Ebene die Arbeiterwohlfahrt und ließ sich in das Kuratorium der Universität wählen, ohne selbst über höhere Schulbildung zu verfügen. 1933 emigrierte er nach Frankreich, wurde 1939 vom Deutschen Reich ausgebürgert, nach Kriegsbeginn in Frankreich interniert. Dort fiel er der Wehrmacht in die Hände, wurde verurteilt und später in das KZ Sachsenhausen deportiert. Nach dem Krieg übernahm er wieder den Fraktionsvorsitz im Kölner Rat, später auch Mandate im Landtag und Bundestag. Am 15. November 1948 wurde er in einem Losverfahren (im Rat herrschte Stimmgleichheit) zum ersten SPD-Bürgermeister in Köln. Besonders kulturpolitisch war er interessiert: Er initiierte die photokina und holte den Nachlaß des Photographen August Sander nach Köln.

**Gohlke, Marie (1879–1956)** und Elisabeth (1888–1930) aus Landsberg an der Warthe wuchsen als Töchter eines armen Handwerkers auf. Marie erarbeitete sich das Geld für eine Lehre als Schneiderin und Weißnäherin und heiratete früh (als Marie Juchatz hatte sie zwei Kinder). Ihre Schwester Elisabeth hatte aus der Ehe mit Herrn Röhl ein Kind. Die ältere Schwester las im Elternhaus regelmäßig aus der SPD-Zeitung Volksstimme vor, 1906 zog sie mit ihrer Schwester und den drei Kindern nach Berlin, wo sie sich bei der SPD zur Mitarbeit meldeten. 1908 sprang Marie für eine erkrankte Rednerin ein und bewährte sich auf mehreren Redetourneen. 1912 war sie mit ihrer Agitationsrede „Die Teuerung, der Krieg und die Frauen“ in Köln, 1913 übernahm sie dort das Amt der 1. Sekretärin für Frauenarbeit. Während des Krieges war sie die einzige Sozialdemokratin im bürgerlichen Dachverband der Frauenvereine Deutschlands. 1917 übernahm sie das Frauensekretariat im SPD-Bundesvorstand, 1919 erhielt sie einen Sitz in der Nationalversammlung und hielt dort als erste Frau eine Rede. Ende 1919 war sie Mitgründerin der SPD-nahen Arbeiterwohlfahrt. Später emigrierte sie in die USA, wo sie die Unterstützung der deutschen Arbeiterschaft organisierte. 1949 kehrte sie zurück, 1955 erschienen ihre Memoiren kurz vor ihrem Tod in Deutschland. Ihre Schwester Elisabeth wurde ebenfalls in die Nationalversammlung gewählt, später saß sie im Kölner Stadtrat, im Kölner Bezirksvorstand und im Preußischen Landtag. Sie heiratete in zweiter Ehe den SPD-Funktionär Kirschmann und arbeitete bei der Rheinischen Zeitung. Sie starb bereits 1930.

**Heinemann, Gustav (1899–?)** war eine der schillerndsten Persönlichkeiten in der SPD. Sein Vater hatte sich aus eher bescheidenen Verhältnissen zum Arbeitsdirektor der Kruppwerke hochgearbeitet. Heinemann wuchs deshalb in der großbürgerlichen Gesellschaft Essens auf. 1917 meldete er sich, mit gerade 18 Jahren, als Kriegsfreiwilliger, nach dem Krieg studierte er Jura in Marburg und München. Dort engagierte er sich in einer Studentengruppe der DDP und war aktiv im Kampf gegen den Kapp-Putsch. Ab 1925 folgte eine rasante Industriekarriere bei den Rheinischen Stahlwerken. Durch seine Frau Hilda, eine Theologin, fand Heinemann Kontakt zur Evangelischen Kirche und engagierte sich auch während des Dritten Reiches als Protestant. Außerdem lehrte von 1933 bis 1939 als Professor Wirtschaftsrecht an der Kölner Universität. 1945 war er Mitbegründer der CDU in Essen, er wurde zum ersten Oberbürgermeister von Essen gewählt, unterzeichnete die „Stuttgarter Schulderklärung“ der deutschen Protestanten, war Mitglied im Rat der evangelischen Kirche und 1948 Präses. 1949 initiierte er die evangelischen Kirchentage und wurde Innenminister im ersten Kabinett Adenauer, bis er aus Protest gegen die Wiederbewaffnung zurücktrat. Seine neue Partei, die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP), scheiterte an der neuen Fünfprozenthürde bei Bundestagswahlen. 1957 trat er mit einigen politischen Freunden in die SPD ein, erhielt ein Bundestagsmandat und wurde in den Parteivorstand gewählt. 1966 übernahm er das Justizministerium in der großen Koalition und setzte grundlegende Justizreformen durch. 1969 wählte ihn die Bundesversammlung zum Bundespräsidenten. Als Bundespräsident schärfte Heinemann vor allem das Geschichtsbewußtsein der Deutschen, indem er z.B. auch auf den kommunistischen Widerstand gegen Hitler hinwies und der Revolution von 1848 gedachte. Außenpolitische Zeichen setzte er durch ausgedehnte Reisetätigkeit in die Nachbarländer Deutschlands. Mit seiner Frau hatte er drei Töchter und einen Sohn.

**Mierendorf, Carlo (1898–1943)** wuchs in Darmstadt in einem großbürgerlichen Elternhaus auf, besuchte das Gymnasium und gab als literarisch Interessierter eine Zeitschrift heraus. 1916 wurde er als Kriegsfreiwilliger verwundet und erhielt das Eiserne Kreuz. Nach dem Krieg studierte er Volkswirtschaft und Philosophie, 1920 trat er in die SPD ein und wurde Herausgeber des Hessischen Volksfreundes. Seit 1930 gehörte er als Reichstagsmitglied den sogenannten „kämpferischen Sozialdemokraten“ an. Im Juni 1933 verschleppten ihn die Nationalsozialisten in ein KZ, aus dem er 1938 entlassen wurde. Er war aktiv im Kreisauer Kreis mit Gerdeler und richtete im Juni 1943 einen Aufruf an das deutsche Volk zur sozialistischen Aktion. Kurz darauf wurde er bei einem Bombenangriff auf Leipzig getötet. Als Bürgersohn und Dichter stellte er einen neuen, nicht mehr an die Arbeiterherkunft gebundenen Typus des Sozialdemokraten dar.

**Schumacher, Kurt (1895–1952)** wurde in Kulm (Westpreußen) geboren. Seine Heimatstadt war von Polen, Juden und Deutschen bewohnt. Er besuchte in Lübeck das Gymnasium, meldete sich 1914 als Kriegsfreiwilliger und wurde schwer verwundet (Verlust des rechten Armes). Sein Studium in Münster beendete er als Doktor der politischen Wissenschaften. In seiner Dissertation zum Thema „Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie“ zog er von Lassalle ausgehend eine argumentative Linie über das Verhältnis von SPD

und Staat. Seit 1918 war Schumacher SPD-Mitglied. Er begann seine politische Karriere als Redakteur der Schwäbischen Tagwacht, rückte 1924 in den württembergischen Landtag ein, organisierte das demokratische Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und erhielt 1930 ein Reichstagsmandat. Sein rhetorischer Kampf gegen den NS-Propagandisten Joseph Goebbels brachte ihn schon 1933 ins KZ Dachau. Nach seiner Entlassung 1943 wurde er 1944 erneut verhaftet, erlebte das Kriegsende aber in Freiheit in Hannover. Noch im Mai wurde er aktiv für die neue Sozialdemokratie. Vom 4. bis 6. Oktober 1945 organisierte er eine „Reichskonferenz“ in Hannover-Wenigsen mit Otto Grotewohl. Das Ergebnis brachte eine Abgrenzung von westlichen und östlichen Sozialdemokraten, so daß Schumacher und der Berliner Zentralkomitee entsprechend parallel arbeiteten. Der Londoner Exilvorstand integrierte sich rasch in das Schumachers Hannoveraner Büro, Schumacher wurde zunächst zum Sprecher der westzonalen SPD und im Mai 1946 einstimmig zum ersten (Nachkriegs-) Vorsitzenden der SPD gewählt (zum Vergleich: Konrad Adenauer agierte mehrere Jahre nur als einer von mehreren CDU-Landesfürsten). Zwischen März 1948 und April 1949 mußte er sich wegen einer Erkrankung aus der aktiven Politik zurückziehen; in dieser Zeit wurde ihm das linke Bein amputiert. Noch im Frühjahr 1949 stieg er aber in die Debatten um das Grundgesetz ein und formulierte das Veto der SPD gegen mehrere Artikel der Vorlage. Als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten verlor er 1949 gegen den FDP-Politiker Theodor Heuss, 1950 wurde er erneut einstimmig zum Vorsitzenden der SPD gewählt. Sein plötzlicher Tod am 20. August 1952 führte zu der größten politischen Demonstration der 50er Jahre, fast 100.000 Menschen säumten die Straßen, als sein Leichnam nach Hannover überführt wurde. Ein englischer Journalist charakterisierte Schumacher als Sinnbild der deutschen Tragödie im 20. Jahrhundert. Im ersten Weltkrieg schwer verwundet und von den Nationalsozialisten im Konzentrationslager mißhandelt, konnte er dennoch kraftvoll und packend für eine bessere Welt sprechen. Die Menschen, die ihm das Geleit gaben, spürten, daß mit ihm einer der wenigen Aufrechten gestorben war.

**Wehner, Herbert (1906–1990)** wurde in Dresden als Sohn eines sozialdemokratischen Schuhmachers geboren. Er erhielt eine Begabtenförderung, erlebte die Spaltung der Arbeiterbewegung nach dem Weltkrieg und schloß sich der Sozialistischen Arbeiterjugend an. Nach dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen wegen der dort regierenden SPD-KPD-Regierung trat Wehner in die KPD ein und erhielt 1930 ein Mandat im sächsischen Landtag. 1931 wurde er als Assistent des Vorsitzenden Ernst Thälmann nach Berlin berufen und bereitete dort den Widerstand gegen Hitler vor. Seit 1934 steckbrieflich gesucht, floh er 1935 ins Ausland. Über mehrere Stationen gelangte er nach Moskau, wo er die stalinistischen Säuberungen unter deutschen und sowjetischen Kommunisten überlebte und sich 1941 aus der dortigen Atmosphäre von Verrat und Bedrohung nach Schweden rettete. Dort verhaftete ihn die schwedische Polizei als illegalen Einwanderer. In der Haft kehrte er sich vom Kommunismus ab und reiste 1946 nach Hamburg. Von dort aus bewarb er sich im Büro Schumacher als Mitarbeiter. Seit 1949 Bundestagsabgeordneter (und in der Partei verantwortlich für die Deutschlandpläne), wurde er 1952 in den SPD-Vorstand gewählt. Seit 1958 konnte er als stellvertretender

Vorsitzender seine politische Linie durchsetzen. Er akzeptierte die deutsche Teilung als Realität und legte mit der politischen Wahrnehmung der DDR den Grundstein für die spätere Ostpolitik Willy Brandts. Von 1965 bis 1983 war Wehner Fraktionsvorsitzender, trotz seiner häufigen Zwischenrufe und seines eher mittelmäßigen Redetalents galt er als großer Parlamentarier. Seine Person demonstrierte den Weg zurück von der KPD zur Sozialdemokratie, obwohl ihn die bürgerlichen Parteien wegen seiner kommunistischen Vergangenheit oft hart angriffen.

## 10 Literatur

- Miller, Susanne/Potthoff, Heinrich, Kleine: Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1983. 5. Auflage 1983
- Dowe, Dieter (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. 3. Auflage 1990
- Meyer, Thomas u.a. (Hg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Darstellung – Chronologie – Dokumentation. Lern- und Arbeitsbuch. 3 Bde. Bonn 1984. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung)
- Lösche, Peter/Walter, Franz: Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. 1992
- Brandt, Willy: Erinnerungen. Ullstein TB 1997
- Brunn, Gerhard (Hg.): Sozialdemokratie in Köln. Ein Beitrag zur Stadt- und Parteigeschichte. 1986